

KONSTITUIERUNG UND PROGRAMM DER TILDY-REGIERUNG

von
SÁNDOR BALOGH

Nach den Nationalratswahlen vom 4. November 1945 war in Ungarn die aktuellste innenpolitische Frage die Konstituierung der „endgültigen“ Regierung, die die Provisorische Nationalregierung abzulösen hatte. Die interparteilichen Besprechungen bezüglich der Regierungsbildung begannen bereits am 4. November, am Wahltag.¹ Den Erfolg der Verhandlungen in bezug auf die Regierungsbildung schien der Umstand zu erleichtern, daß die Parteien deren „Gesichtspunkte“ schon nach den Budapester Munizipalwahlen und vor den Nationalratswahlen umrissen haben. Die Aussichten einer Anwendung der schon früher entwickelten Gesichtspunkte wurden jedoch durch die — auf Grund der Nationalratswahlen — zwischen den Parteien zustande gekommenen Kräfteverhältnisse, und vor allem durch den Wahlsieg der Kleinlandwirtenpartei vermindert.

I.

Die Notwendigkeit einer weiteren Beibehaltung der Koalitionsregierung wurde wohl von keiner einzigen Partei der Front der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit in Abrede gestellt, doch innerhalb der einzelnen Parteien, namentlich im Gefilde der Kleinlandwirtenpartei wurden nicht selten Einwände gegenüber dem Koalitionsregime laut. István Vásáry, eine der führenden Persönlichkeiten des rechten Flügels der Partei, protestierte an der Spitze einer Debrecener Deputation bei der Parteileitung gegen eine zukünftige Aufrechterhaltung der Koalition und forderte die Bildung einer reinen Kleinlandwirtenregierung.² Die Koalition wurde jedoch nicht allein von den Vertretern des rechten Flügels getadelt, sondern auch von solchen, die dem Zentrum angehörten, oder vielleicht zwischen der Politik Zoltán Tildys und Ferenc Nagys schwankten. „Wir waren so viele — erinnert sich Ferenc Z. Nagy an die in der ersten Sitzung der Parlamentsgruppe der Kleinlandwirtenpartei nach den Wahlen herrschende Stimmung —, daß wahrlich schon dort einige die Frage stellten, wozu hier eigentlich eine Koalition nötig sei, wo wir über eine so grosse Mehrheit in der Nationalversammlung und im Lande verfügen,

daß wir getrost selbst eine Regierung bilden könnten“.³ Auf Grund des eindeutigen Eintretens Zoltán Tildys für die Koalition und der Stellungnahme des ihn in dieser Frage mehr oder minder entschieden unterstützenden Ferenc Nagys wurde aber die Angelegenheit der Bildung einer reinen Kleinlandwirtsregierung innerhalb der Kleinlandwirtenpartei – wenn sie auch nicht völlig zur Ruhe kam – von der Tagesordnung genommen.⁴ Eigentümlicherweise tauchte aber die Idee einer Aufgabe der Koalition nicht nur auf der rechten, sondern auch auf der linken Seite der Front der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit auf. In den Tagen nach der Wahl erwogen die Leiter der Sozialdemokratischen Partei – vor allem, um die Zusammensetzung der Regierung zu beeinflussen – wiederholt die Möglichkeit eines Auszuges aus der Koalition, obwohl sie sich dessen im klaren waren, daß eine derartige Stellungnahme ihrerseits im Endergebnis sowohl aus innen- wie aus aussenpolitischen Gründen unhaltbar wäre.⁵ Als unmittelbare Folge der Wahlergebnisse traten – zeitweilig und vereinzelt – auch selbst innerhalb der Kommunistischen Partei Ansichten zutage, die meinten das es vielleicht günstiger wäre, wenn die Partei in Opposition ginge.⁶

Die Bedenken und Widerstände der Koalition gegenüber wurden jedoch innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit von einer einmütigen Stellungnahme der Parteien der Front der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit für die Aufrechterhaltung der Koalition abgelöst, was zweifellos auch bezüglich der Regierungsbildung einen Schritt vorwärts bedeutete. Eine weitere, nicht zu unterschätzende Schwierigkeit verursachte hingegen der Umstand, daß die Meinungen der Parteien hinsichtlich der Zusammensetzung der Regierung voneinander ziemlich abwichen. Unmittelbar nach der interparteilichen Konferenz vom 4. November vertrat man in der Kommunistischen Partei die Ansicht, daß Ernő Gerő unbedingt in der Regierung bleiben müsse, und Mátyás Rákosi – eventuell als Minister ohne Portefeuille – an der Arbeit der Regierung teilnehmen solle. Hinsichtlich der Person von László Rajk, der als Minister ebenfalls in Betracht gezogen wurde, und seiner Position innerhalb der Regierung wurde die Entscheidung einstweilen vertagt.⁷ Die Sozialdemokratische Partei forderte neben dem Ministerium für Industrie vor allem auch das Innenministerium für sich; doch auf Antrag Anna Kéthlys und Imre Széligs erhob sie auch Anspruch auf das Ministerium für Kultus und Unterricht.⁸ Die Nationale Bauernpartei hatte sich noch zur Zeit der interparteilichen Verhandlungen vor den Nationalratswahlen neben dem Innenministerium, oder vielmehr statt dessen, das Kultus- und das Ackerbauministerium „ausersehen“.⁹ In der Kleinlandwirtenpartei herrschte einige Zeit selbst über die Anzahl der Ministerien Ungewißheit. Diesbezüglich bestand jedoch kein Zweifel im Kreise der Parteileitung, daß die Partei neben den bisherigen Ressorts auch das Ackerbau- und noch mehr das Innenministerium für sich sichern wolle.¹⁰

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der ersten interparteilichen Besprechungen versuchte die Kommunistische Partei, ihren Standpunkt in bezug auf die Zusammensetzung der Regierung mit dem der Sozial-

demokratischen Partei und der Nationalen Bauernpartei in Einklang zu bringen. Als Ergebnis der Sonderberatungen der drei linksgerichteten Parteien bildete sich dann in ihrem Kreise der einheitliche Standpunkt heraus, daß die Kleinlandwirtenpartei nur den Ministerpräsidenten und die Hälfte der Minister stellen wird. Auf diese Weise wollten sie das Ergebnis der Nationalratswahlen „korrigieren“, und „demonstrieren“, daß sich die Linienführung der Regierung sich trotz der Wahlen nicht nach rechts verschieben werde.¹¹ Die Kleinlandwirtenpartei nahm obigen Standpunkt der linksgerichteten Parteien – gemäß dem grundsätzlichen Übereinkommen vor den Wahlen – ohne besondere Debatte zur Kenntnis. Hinsichtlich der Verteilung der einzelnen Ministerien konnten sich jedoch auch die Linksparteien untereinander nicht einigen. Zwischen den beiden Arbeiterparteien bestand besonders in der Frage des Innenministeriums ein arger Gegensatz, die Sozialdemokratische Partei und die Nationale Bauernpartei hingegen konnten in der Angelegenheit des Kultusministeriums auf keinen gleichen Nenner kommen. Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Nationalen Bauernpartei erwies sich aber nicht für beständig und unüberbrückbar, indem erstere entgegen dem Handelsressort, dem sie sämtliche Genossenschaftsangelegenheiten einverleibte, vom Unterrichtsministerium Abstand nahm. Die Meinungsänderung der Sozialdemokratischen Partei wurde auch dadurch erleichtert, daß Anna Kéthly, mit der sie den fraglichen Posten besetzen wollten, nicht geneigt war die Leitung des Ministeriums für Kultus und Unterricht zu übernehmen.¹² Doch um so gewichtiger war der Umstand, daß die Sozialdemokratische Partei ihre sämtlichen Kräfte für die Erlangung des Innenministeriums konzentrieren wollte.

Die Sozialdemokratische Partei blieb mit ihrem Streben nach dem Innenministerium innerhalb der Front der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit allein, und isolierte sich dem Wesen nach vorübergehend. Die Kommunistische Partei bestand nämlich anfangs nicht so sehr auf das Innenministerium, sondern die Sicherung der Aufsicht über die Polizei.¹³ Die Kleinlandwirtenpartei, die – ähnlich wie die Sozialdemokratische Partei – ihren eigenen Minister an der Spitze des Innenministeriums sehen wollte, zeigte sich geneigt den Anspruch der Ungarischen Kommunistischen Partei zu befriedigen. Sie akzeptierte jene Forderung, daß die Polizei der Lenkung eines kommunistischen Staatssekretärs im Innenministerium unterstellt werde. Übrigens wurden das eine Staatssekretariat des Inneren und der Posten des Polizei-Landesoberhauptmanns auch der Sozialdemokratischen Partei angeboten, die aber das Angebot zurückwies.¹⁴ So ergab sich jene Lage, daß während die Ungarische Kommunistische Partei, die Nationale Bauernpartei und die Unabhängige Kleinlandwirtenpartei miteinander in bezug auf die Zusammensetzung der Regierung im großen und ganzen übereingekommen waren, die Sozialdemokratische Partei immer noch Vorbehalte hatte.

Die Umriss der Beteiligung der einzelnen Parteien an der Regierung und damit auch die personalen Vorschläge zeichneten sich in der inter-

parteilichen Konferenz vom 8. November ab. Dementsprechen sollte die Kleinlandwirtenpartei das Innen-, Außen-, Landesverteidigungs-, Volksernährungs- und Ackerbauministerium, sowie das Ministerium für Wiederaufbau, die Kommunistische Partei das Volkswohlfahrts-, Finanz- und das Verkehrsministerium, die Sozialdemokratische Partei das Justiz-, Industrie- und das Handelsministerium und schließlich die Nationale Bauernpartei das Ministerium für Kultus und Unterricht erhalten.

Die Pläne im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Regierung wurden seitens der Leitung der Sozialdemokratischen Partei außerordentlich negativ aufgenommen. Für die dort herrschende Stimmung ist kennzeichnend, daß zum Bericht des Antal Bán über die interparteiliche Konferenz selbst der dem linken Flügel angehörende Pál Justus die Bemerkung knüpfte, daß er den weiteren Verbleib der Partei in der Koalition für verhängnisvoll halte, da „die erhaltenen Ressorts nicht solcher Art sind, die eine Gewähr dafür bieten könnten, daß wir für die Maßnahmen der Regierung die Verantwortung übernehmen könnten“.¹⁵ Ähnlicher Ansicht war auch Pál Schiffer, der die der Sozialdemokratischen Partei zugedachten Ressorts aus parteipolitischen Überlegungen für „unglücklich“ hielt. Sándor Szalai hatte besonders gegen János Gyöngyösi als Außenminister Einwände. Trotz dieser Umstände nahm die Parteileitung das Ergebnis der interparteilichen Konferenz mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis.¹⁶

Zur offiziellen Bildung der Regierung konnte es aber doch nicht kommen, da jetzt das Politbüro der Ungarischen Kommunistischen Partei die interparteiliche Vereinbarung vom 8. November zurückwies. Es forderte eine unbedingt „stärkere“ Regierung als die geplante. Es bestritt die Zweckmäßigkeit der Übernahme des Finanzministeriums und bekundete sein Mißtrauen Béla Kovács, dem Kandidaten der Kleinlandwirtenpartei für den Posten des Innenministers, gegenüber. Das Politbüro beauftragte zugleich Mátyás Rákosi damit, die Bedenken der Kommunistischen Partei Zoltán Tildy bekanntzugeben, nachdem es vorher auch die Leitung der Sozialdemokratischen Partei mit dem Standpunkt der Partei bekannt machte.¹⁷ Nach der erwähnten Sitzung suchte Rákosi Árpád Szakasits auf, und bat ihn um seine Unterstützung bezüglich des Anspruchs der Ungarischen Kommunistischen Partei auf das Innenministerium. Szakasits verschloß sich aber vor einer Unterstützung des kommunistischen Vorschlags. Hierauf versuchte Zoltán Tildy den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen, und zwar in der Weise, daß er die Teilung des Innenministeriums in ein Innen- und ein Polizeiministerium beantragte, von denen das erstere die Kleinlandwirtenpartei, letzteres die Sozialdemokratische Partei bekommen würde. Dieser Vorschlag fand bei der sozialdemokratischen Parteileitung so lange Gefallen, bis sie in Erfahrung brachte, daß Tildy das Polizeiministerium auch der Kommunistischen Partei angeboten hat. Die Ungarische Kommunistische Partei war aber vom Vorschlag Tildys nicht befriedigt.¹⁸

In der zweiten Woche der interparteilichen Besprechungen zwecks einer Regierungsbildung, begann es klar hervorzutreten, daß sich die

Kommunistische Partei in der Debatte um das Innenministerium isolieren könnte. Der Politische Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei widersetzte sich in seiner Sitzung am 13. November einstimmig dem Anspruch der Kommunistischen Partei. Doch auch die Kleinlandwirte unterstützten diesen nicht, und im Kreise der Parteileitungs sprach man sogar darüber, daß man auf das Innenministerium eventuell zugunsten der Sozialdemokratischen Partei verzichten sollte.¹⁹ Die Kleinlandwirtenpartei beschloß zwecks Bekräftigung ihres Standpunktes in bezug auf die Regierungsbildung den Landesausschuß einzuberufen. Trotzdem schien das entschlossene und diesbezüglich jeden Kompromiss zurückweisende Verhalten der Kommunistischen Partei den Widerstand der Leiter der Kleinlandwirtenpartei in Frage des Innenministers innerhalb kurzer Zeit zu brechen.²⁰ Zugleich machte dieser Umstand auch die sozialdemokratischen Leiter gewissermassen unsicher. Sie fürchteten vor allem, die Kommunisten und Kleinlandwirte würden sich hinter ihrem Rücken auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei einigen. Innerhalb des Politischen Ausschusses der Sozialdemokratischen Partei steigerte noch jene Nachricht die Ungewißheit, dass der Präsident der Interalliierten Kontrollkommission die Leiter der Parteien für den 14. November zu einer Konferenz einberufen habe.²¹ Der am 13-ten vormittags tagende Politische Ausschuß schien im Festhalten an das Innenministerium schon bei weitem nicht so entschlossen zu sein wie er es ehemals gewesen war, und – wie dies aus den Diskussionbeiträgen hervorgeht – nahm die Bereitschaft für einen Ausgleich mit der Kommunistischen Partei zusehends zu.²² Und dies alles bedeutete, daß die Möglichkeit der Bildung der neuen Regierung am 14. November tatsächlich in eine greifbare Nähe rückte.²³

Diese Möglichkeit verwirklichte sich am 15. November, als sich die Streitfragen in Verbindung mit der Zusammensetzung der Regierung unter den Parteien endgültig klärten, und sich die Regierung Zoltán Tildys konstituierte.²⁴ Die neue Regierung diente der breiten Öffentlichkeit mit zahlreichen Überraschungen. Die Zahl der Mitglieder der Regierung vermehrte sich im Vergleich zur Provisorischen Nationalregierung sehr wesentlich. Letztere hatte nämlich nur 13 Mitglieder, während die neue aus 18 Mitgliedern bestand. Das Informationsministerium wurde errichtet und durch Teilung des Handels- und Verkehrsressorts wurden ein Verkehrsministerium, bzw. ein Ministerium für Handel und Genossenschaftswesen organisiert. Neben Mátyás Rákosi und Árpád Szakasits trat – als Staatsminister – auch István Dobi in die Regierung ein. Der letztere sollte offensichtlich den links orientierten Charakter der Regierung unterstreichen, um so mehr, da in der engeren Leitung der Regierung neben den Leitern der beiden Arbeiterparteien – in der Person von Tildy und Dobi – nur der linke Flügel der Kleinlandwirtenpartei vertreten war. Die vierzehn Ressorts „teilten“ die Kleinlandwirtenpartei und die drei links gerichteten Parteien untereinander. Von den der Kleinlandwirtenpartei zugefallenen Ressorts wurde eigentlich nur eines, das des Ackerbauministers mit einem angesehenen Politiker der Kleinlandwirten-

partei, Béla Kovács besetzt. Gleichzeitig blieb der Vorsitzende der Partei, Ferenc Nagy, aus dem Tildy – Kabinett aus. Die Sozialdemokratische Partei war in der neuen Regierung neben Antal Bán und István Ries mit Sándor Rónai vertreten. Als Überraschung galt, daß an die Spitze des der Nationalen Bauernpartei zugefallenen Ministeriums für Kultus und Unterricht der kaum als Politiker geltende Literaturwissenschaftler Dezső Keresztury gestellt wurde. Diese Entscheidung der Nationalen Bauernpartei war offenbar die Folge jener Zwangslage, daß sich unter den leitenden Persönlichkeiten keine solche geeignete befand, die links orientiert und zugleich katholisch gewesen wäre. Somit verfügte eigentlich nur die Nationale Bauernpartei über keine geeignete politische Vertretung in der Regierung, was für sie freilich einen ernsten Nachteil bedeutete. Von den kommunistischen Ministern haben Ernő Gerő und Erik Molnár dem Wesen nach ihr bisheriges Ressort behalten. Imre Nagy hingegen tauschte den Posten eines Ackerbauministers mit dem des Innenministers ein. Diese Lösung des Ressorts des Inneren war zweifellos ein bedeutender Erfolg nicht allein der Kommunistischen Partei, sondern der gesamten ungarischen Linken. In der Auswahl der Person spielten jedoch auch „Koalitionsgesichtspunkte“ mit, indem statt dem energischeren und strengeren László Rajk, auch für die Kleinlandwirtenpartei Imre Nagy als annehmbarer erschien, der in dem Rufe eines weniger entschiedenen und den konkreten, praktischen Handeln abgeneigten Politikers stand.

Die personelle Zusammensetzung der Tildy – Regierung zeugte davon, daß es der Kommunistischen Partei und im allgemeinen den Linksparteien tatsächlich gelungen ist das Ergebnis der Nationalratswahlen bis zu einem bestimmten Grad zu „korrigieren“. Damit trat eine eigenartige Wandlung im Verhältnis der gesetzgebenden Gewalt zur Vollzugs Gewalt ein. Waren doch in der durch die Provisorische Nationalversammlung gewählten Provisorischen Nationalregierung die Arbeiterparteien zusammen mit der Nationalen Bauernpartei in Minorität. Demgegenüber kräftigten sich ihre Positionen in der nach dem Parlamentswahlsieg der Kleinlandwirtenpartei gebildeten Tildy – Regierung verhältnismäßig sehr bedeutend. Darauf weist übrigens auch die parteimäßige Verteilung der neuen politischen Staatssekretäre hin: von den 22 Staatssekretären konnte die Unabhängige Kleinlandwirtenpartei neun, die Ungarische Kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Partei je fünf, die Nationale Bauernpartei drei nominieren.²⁵

Die Nachricht über die Bildung und Zusammensetzung der neuen Regierung wurde sowohl seitens der Parteien, wie auch von der öffentlichen Meinung mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Als die Inlandspresse am 15. November die Namensliste der Regierung bekanntgab, fügte sie einige ermunternde, hoffnungsvolle Bemerkungen zu deren zukünftiger Tätigkeit. Doch dessen ungeachtet war der charakteristischste Zug der Meinungen und Stellungnahmen bezüglich der Regierung der des Abwartens.²⁶ Neben den offiziellen und halboffiziellen Erklärungen kamen aber vor allem in den inneren Veranstaltungen der Kleinlandwirtenpartei – nicht selten Meinungen der Unzufriedenheit und des Miß-

trauens in bezug auf die Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck. Im Kreise der Parlamentsabgeordneten der Partei war besonders deshalb ein „Gemurre“ zu vernehmen, weil die Unabhängige Kleinlandwirtenpartei das Innenministerium nicht erhalten hat.²⁷ Der „Verlust“ des Innenministeriums gab auch in zahlreichen Provinzorganisationen der Kleinlandwirtenpartei Anlaß zur Unzufriedenheit der Regierung gegenüber. Mancherorts wurde ausdrücklich Zoltán Tildy wegen der – vom Gesichtspunkt der Partei aus ungünstigen – Zusammensetzung der Regierung getadelt. Ja, es kam sogar vor, daß Tildy geradewegs als Verräter bezeichnet wurde.²⁸ Von der Linken her waren demgegenüber häufig Anzeichen der Ungeduld gegenüber der Tildy – Regierung wahrzunehmen. Die Zeitung Szabad Szó forderte schon wenige Tage nach der Regierungsbildung Rechenschaft über die „Taten“ der Regierung.²⁹ Doch ähnliche Stimmen wurden auch im Kreise der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei in Budapest laut.³⁰

Interessanterweise waren der ausländische Anklang und die internationale Presse der Konstituierung der Tildy – Regierung in mancher Beziehung günstiger als die inländische. Namentlich die Zeitung Kis Újság publizierte mit Vorliebe ausländische Erklärungen und Meinungen, die über die Tildy – Regierung positive, anerkennende Feststellungen enthielten. Das Blatt wollte damit offenbar die zurückhaltende Stimmung der heimischen Kreise, und vor allem der Mitgliedschaft der Kleinlandwirtenpartei ausgleichen.³¹ Von größerer Bedeutung als die Berichte war natürlich die Tatsache selbst, daß die Regierungen mehrerer Staaten die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ungarn auf die Tagesordnung setzten. Die Regierung der Sowjetunion war die erste, die noch vor den Nationalratswahlen, unabhängig von deren Ausgang, die Provisorische Nationalregierung schon am 15. Oktober 1945. anerkannt hat.³² Außer der Sowjetunion befassten sich auch die USA schon vor den Wahlen mit der Anerkennung der Provisorischen Nationalregierung. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen machten sie aber von zwei Bedingungen abhängig. Sie waren nur dann bereit die diplomatischen Beziehungen zu regeln, wenn „zwecks Bildung einer auf Wahlen beruhenden ungarischen Regierung freie und ungestörte Wahlen abgehalten werden, ferner wenn Ungarns Provisorische Nationalregierung ihrer im Waffenstillstandsvertrag übernommenen Verpflichtung betreffs Sicherung der politischen Meinungsäußerung und des Versammlungsrechtes der demokratischen Parteien in Ungarn Genüge tut“.³³ Die USA waren aber selbst von der „vollen Garantie“ der Provisorischen Nationalregierung nicht befriedigt, indem sie die diplomatische Anerkennung – ungeachtet dessen, daß die Garantien der ungarischen Regierung Byrnes selbst „für entsprechend erachtete“ – auf die Zeit nach den Wahlen verschoben.³⁴ Allerdings erwogen die USA die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ungarn in erster Linie nicht von der Überlegung ausgehend, welche Wirkung dieser Schritt auf Ungarn hätte, sondern sie wollten auch damit die diplomatischen Nichtanerkennung Bulgariens und Rumäniens „noch mehr betonen“.³⁵ Außerdem waren vor allem Charles E. Bohlen,

stellvertretender Staatssekretär des Äußeren und John Foster Dulles, damaliger Ratgeber Byrnes' im allgemeinen gegen eine verfrühte Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ungarn.³⁶ In dieser Beziehung formte sich der endgültige Standpunkt der USA nach den Wahlen: nachdem die Wahlergebnisse auch vom Gesichtspunkt der südosteuropäischen Politik der Amerikaner aus betrachtet „über Erwarten“ günstig ausgefallen sind, wurden die Hindernisse einer diplomatischen Anerkennung im wesentlichen beseitigt. Obwohl der Leiter der amerikanischen Mission in Budapest der Ansicht war, daß die Zusammensetzung der Tildy-Regierung den Willen der Bevölkerung nicht richtig widerspiegelt, maß er diesem Umstand keine besondere Bedeutung zu. Schoenfeld wurde bereits am 14. November darüber informiert, daß das Innenministerium die Ungarische Kommunistische Partei erhält. Über Imre Nagy, als Innenminister war er der Meinung, daß seine Person „der Kleinlandwirtenpartei offenbar als akzeptabel erschien, da er keine starke Persönlichkeit sei“.³⁷ Die USA anerkannten die Tildy-Regierung am 15. November 1945, fast im Augenblick ihrer Bildung. Diese Tatsache bedeutete – unabhängig von den „Hintergedanken“ der amerikanischen Politik – einen beachtenswerten Schritt hinsichtlich der Behebung der internationalen Isolierung Ungarns und seiner Regierung. Die dritte alliierte Großmacht, Großbritannien, erwies sich hinsichtlich der Anerkennung des Tildy-Kabinetts für „vorsichtiger“. Wenn es auch nicht sofort zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und England kam, beeinflusste schon die bloße Tatsache, daß die halbamtlichen Londoner Meldungen über eine diesbezügliche Bereitschaft Englands berichteten, die Lage der Regierung positiv.³⁸ Nicht viel später bestätigte der englische Staatsminister die Meinung, daß „die britische Regierung bereit sei mit der neuen ungarischen Regierung direkte Verbindung aufzunehmen und den Vertreter der ungarischen Regierung sofort zu empfangen“.³⁹ Seitens der jugoslawischen Staatsmänner wurde die Konstituierung Tildy-Regierung ebenfalls günstig aufgenommen, und sie äußerten sich in Berücksichtigung „der in gleicher Weise gemeinsamen Interessen“ der beiden Völker über eine Anerkennung der ungarischen Regierung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten.⁴⁰ Rumäniens Ministerpräsident, Peter Groza, beurteilte die Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse in Ungarn nach den Wahlen für erfreulich und hinsichtlich der Zukunft für verheißungsvoll, indem er noch vor der Vorstellung der Tildy-Regierung im Parlament eine Zollunion zwischen Ungarn und Rumänien beantragte.⁴¹ Mit dem Gedanken der diplomatischen Anerkennung befassten sich auch Schweden, die Türkei und auch andere Staaten. Zu einer diplomatischen Anerkennung seitens anderer Staaten kam es aber – mit Ausnahme der Regierung der USA – im Jahre 1945 praktisch nicht.⁴² Doch die vertrauensenerweckenden und im herzlichen Ton gehaltenen Äußerungen zeugten schon an sich zweifellos von der Möglichkeit einer Liquidierung der internationalen Isolierung Ungarns. Und das war unter den gegebenen Umständen nicht nur vom Gesichtspunkt der Tildy-Regierung, sondern im allgemeinen von dem Ungarns

aus betrachtet die unmittelbarste und wichtigste außenpolitische Zielsetzung, und konnte es auch sein. Daran änderte im wesentlichen selbst das nichts, daß sich im Aufwerfen der diplomatischen Anerkennung einerseits die sich in Entwicklung befindlichen internationalen Kräfteverhältnisse in spezifischer Weise widerspiegeln, andererseits aber waren die Staaten, die mit Ungarn in diplomatische Beziehung treten wollten – aus dem vorangehenden folgend – häufig von gegensätzlichen Interessen geleitet.

II.

Das Programm der Tildy-Regierung gestaltete sich – zumindest in seinen Hauptzügen – schon in den interparteilichen Konferenzen vor den Nationalratswahlen. Doch die Wahlergebnisse und die innenpolitische Situation nach den Wahlen wirkten natürlich nicht nur auf die Zusammensetzung der Regierung, sondern auch auf deren Programm aus.

Die Kommunistische Partei bezeichnete als „Grundlinie“ ihrer Politik nach den Wahlen nach wie vor die Wahrung und Weiterentwicklung des nationalen Zusammenschlusses.⁴³ Die Partei wollte in das Regierungsprogramm vor allem wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Forderungen aufnehmen lassen und beabsichtigte sich auch innerhalb der Regierung für deren baldigste, konsequente Verwirklichung einzusetzen. In der Reihe der kommunistischen Ansprüche gegenüber der Regierung stand an erster Stelle die Versorgung vor allem der Bergleute, der Eisenbahner und der in der Großindustrie Arbeitenden mit Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen. Dem folgte die Forderung der Schaffung eines wertbeständigen Geldes anhand der Steigerung des Staatseinkommens und der namhaften Verringerung der Staatsausgaben, sowie einer kräftigen Besteuerung der Reichen. Unter den Forderungen der Ungarischen Kommunistischen Partei standen an wichtiger Stelle der Abschluß der Bodenreform, sowie die Verstaatlichung der Gruben und Kraftanlagen. Gleichzeitig damit betrieb die Kommunistische Partei die Steigerung des Kampfes gegen die Reaktion und die Säuberung des Staatsmechanismus von den „gerechtfertigten“ reaktionären Beamten. Schließlich setzte sich die Partei für die Festigung von Ordnung und Sicherheit im Lande ein.

Obige Vorschläge und Forderungen der Kommunistischen Partei entsprangen zweifellos den unmittelbarsten und dringendsten Bedürfnissen der die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des Landes ausmachenden Arbeiter, Armbauern und kleinen Leute. Sie brachten die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes zum Ausdruck. Gleichzeitig konnte nur die Aufnahme der besprochenen Vorschläge und Forderungen in das Regierungsprogramm jene auch für die fernere Zukunft gültige Zielsetzung der Kommunistischen Partei gewährleisten, die auf eine Festigung der Lage der Partei und im allgemeinen der Linkskräfte, sowie auf eine ständige Vermehrung ihrer Regierungspositionen ausgerichtet war.

Bei der Zusammensetzung des Regierungsprogramms widmete die Sozialdemokratische Partei – ähnlich wie die Kommunistische Partei – die größte Aufmerksamkeit den wirtschaftspolitischen Fragen. Árpád Szakasits betrachtete als wichtigsten Punkt des Koalitionsprogramms die Durchführung der Verstaatlichungen.⁴⁴ Die Programmforderungen der Sozialdemokratischen Partei erörterte Antal Bán eingehender. Dementsprechend hatte das Regierungsprogramm in den Fragen der Verfassung, der Kontrolle des Banklebens und der Verstaatlichung der hierzu „reifen“ industriellen Großbetriebe Stellung zu nehmen. Ferner musste es den „institutionellen“ Kampf gegen die Reaktion und im Zusammenhange damit auch die sog. B-Liste enthalten. Antal Bán zählte zu den dringenden Aufgaben der Regierung die Erwirkung eines Wiedergutmachungsmoratoriums und die Beschaffung eines Auslandskredits. Schließlich erwähnte er – unter anderem – auch die Umorganisation des Unterrichtswesens.⁴⁵ Der Erörterung der erbrachten Anträge wendeten aber die Leiter der Sozialdemokratischen Partei keine besondere Aufmerksamkeit zu, sie nahmen diese eher nur zur Kenntnis, da sie sozusagen ihre sämtlichen Kräfte und ihre Aufmerksamkeit einer Vermehrung der Regierungspositionen der Partei zugewandt haben.

Der seitens der Sozialdemokratischen Partei vertretene Regierungsprogrammentwurf stimmte in den meisten Punkten mit den Forderungen der Kommunistischen Partei überein, oder stand diesen zumindest nahe. In manchen Beziehungen ging er aber auch über diese hinaus, und wich auch von diesen ab. Die Ungarische Kommunistische Partei beabsichtigte einstweilen über die Verstaatlichung der Gruben und Kraftwerke nicht hinauszugehen. Wohl rechnete sie mit der Möglichkeit der Aufnahme eines Auslandskredits „falls dies ohne Verletzung unserer nationalen Unabhängigkeit möglich ist“, doch wollte sie die Kreditfrage nicht auf die Ebenen des Regierungsprogrammes bringen. In bezug auf die Zahlung der Wiedergutmachungen betonte sie nicht die Moratorien, sondern vielmehr die Erfüllung der Verpflichtungen.⁴⁶ Die Kommunisten setzten die Frage der Verfassung nicht auf die Tagesordnung und äußerten sich auch offiziell nicht über ihre Vorstellungen im Zusammenhang mit der Staatsform. Die Sozialdemokratische Partei setzte sich gleichzeitig auch in den Spalten der Presse für die „Idee der Volksrepublik“ ein, und stellte fest, daß diese „heute lebendiger ist als jemals, und daß uns höher entwickelte und wirksamere Mittel zu deren Verwirklichung zur Verfügung stehen, als in der Vergangenheit“.⁴⁷

Die Sozialdemokratische Partei hatte also – im Gegensatz zu den Kommunisten – in den das Schicksal des Landes unmittelbar berührenden und die werktätigen Massen am meisten beschäftigenden „Tagesfragen“ – Ernährung, Inflation, Ablieferung usw. – nichts genügend Konkretes zu sagen. Außerdem legten die Leiter der Sozialdemokratischen Partei nach wie vor kein entsprechendes Interesse für die Bauernschaft und für die Durchführung der Bodenreform, der sich die Aufmerksamkeit bedeutender Massen der Bauernschaft zugewandt hatten, an den Tag. Gleichzeitig blickte die Sozialdemokratische Partei in öffent-

lich rechtlichen und regierungspolitischen Fragen weiter als die Ungarische Kommunistische Partei.

Im Mittelpunkt des Regierungsprogrammmentwurfes der dritten links gerichteten Partei – der Nationalen Bauernpartei – stand die konsequente Durchführung der Bodenreform. Die Leiter der Nationalen Bauernpartei traten im wesentlichen einheitlich für eine tunlichst baldige Beendigung der Bodenreform ein. Von der neuen Regierung erwartete sie, daß diese den Schutz des verteilten Bodens mit starker Hand gewährleisten und die Versuche der gewesenen Besitzer den Boden wiederzugewinnen zurückweisen werde.⁴⁸ Diese Forderung brachte auch das Blatt Szabad Szó zum Ausdruck, indem es betonte, daß „eine radikale Bauernpolitik, und keine Kleinlandwirtpolitik zu verfolgen sei“.⁴⁹ In den mit der Durchführung der Bodenreform zusammenhängenden Fragen vertrat die Nationale Bauernpartei im Prinzip den gleichen Standpunkt wie die Kommunistische Partei. Betreffs der Bauernschaft warf sie aber auch solche Fragen auf, die unter den Forderungen der Ungarischen Kommunistischen Partei nicht vorkamen, oder aber – unmittelbar nach den Wahlen – nicht genügend betont wurden. Die Nationale Bauernpartei war bestrebt eine besondere landwirtschaftliche Interessenvertretung auszubauen, und betrieb deren Regelung auf gesetzlichem Wege. Doch tat sie dies einstweilen ohne ihre eigenen Vorstellungen eingehender zu erörtern. Ihrem Wahlprogramm entsprechend warf sie ferner auch die Notwendigkeit eines Ausbaues des „Genossenschaftssystems“ auf.⁵⁰

Gemäß der Stellungnahme des Gewerkschaftsrates vom 7. November erklärte sich die Nationale Bauernpartei mit der unverzüglichen Verstaatlichung der Gruben, Kraftwerke und der Industriebetriebe mit mehr als tausend Arbeitern einverstanden. Zugleich ging sie in der Frage der Verstaatlichungen sogar über das Verstaatlichungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei hinaus, indem statt einer Kontrolle der Banken deren Verstaatlichung betrieben wurde.

Im Anschluß an die Forderungen der beiden Arbeiterparteien setzte sich auch die Nationale Bauernpartei für die Säuberung der öffentlichen Verwaltung von den „ungeeigneten und sabotierenden“ Elementen ein.⁵¹ Sie forderte „für die Söhne unserer Bauernschaft“ Raum in der Verwaltung und in den kulturellen Institutionen des Landes.⁵²

In den Vorschlägen der drei links orientierten Parteien zeichneten sich im Endergebnis – allerdings nicht frei von Widersprüchen – die Konturen der Zielsetzungen der Linken ab. Hinsichtlich der Entwicklung des Regierungsprogrammes verursachten noch größere Probleme und Schwierigkeiten als die Ausgleichung der in den Forderungen der Linksparteien zutage tretenden Unterschiedlichkeiten und Abweichungen – die natürlich nicht unterschätzt werden durften – die Bereinigung der Vorstellungen der Kleinlandwirtenpartei, und damit die Abfassung der Forderungen der Koalitionsparteien in Form eines gemeinsamen Regierungsprogramms.

In der Kleinlandwirtenpartei gestalteten sich die Vorstellungen im Zusammenhang mit dem Programm der sich nach den Wahlen konsti-

tuierenden Regierung mehr oder minder den verschiedenen Richtungen und Gruppen entsprechend. Gyula Dessewffy erwartete in seinem „Nach den Wahlen“ betitelten Artikel in erster Linie das Zustandekommen der „so sehr notwendigen“ zentralen Gewalt, die Liquidierung der sich aus dem verlorenen Krieg „naturgemäß ergebenden“ wirtschaftlichen Anarchie, sowie die „Weiterentwicklung“ von Ordnung, Recht und Sicherheit von der neuen Regierung.⁵³ Robert Major dagegen mahnte die öffentliche Meinung zur „Nüchternheit“ und meinte, daß „nicht morgen, sondern schon heute so schwierige Maßnahmen getroffen werden müssen, die lediglich auf Grund der Zusammenarbeit und Verantwortung sämtlicher Klassen und Parteien durchführbar sind ... Wir sind miteinander auf Leben und Tod verbunden“.⁵⁴ Dezső Futó erwartete von der „endgültigen Regierung“ die Behebung des Dilettantismus, das Inkraftsetzen der geschriebenen Verfassung und nicht zuletzt, daß sie „die Macht dazu habe die Befolgung der erbrachten Verordnungen, ohne Rücksicht auf die unterschiedliche Parteizugehörigkeit, durchzusetzen“.⁵⁵

Die Vorstellungen der Kleinlandwirtenpartei fasste Gyula Dessewffy in seiner Schrift „An der Schwelle einer neuen Epoche“ zusammen. Er betonte, daß sich „mit den Wahlen eine neue Epoche eröffnet hat; wir traten aus der revolutionären Epoche des Provisoriums in das Zeitalter des endgültigen Schaffens ... Wir bedürfen einer zentralen Gewalt und der Normalisierung des politischen Lebens, der Achtung des Gesetzes, die Flut von Verordnungen ist einzudämmen und dafür muß das Vertrauen gegenüber dem Staat, die Achtung vor dem Gesetz und den Verordnungen wiederhergestellt werden. Die großartige Aufgabe der nun beginnenden Epoche ist unsere, mit vielen Schwierigkeiten erlangte neue Demokratie zu kräftigen, definitiv zu festigen und vor allem sie bei den Millionen des Ungartums beliebt zu machen“.⁵⁶ Die Äußerungen seitens der Kleinlandwirtenpartei nahmen also die Tatsache des Koalitionsregimes zur Kenntnis. Zugleich drängten sie – gestützt auf ihren Wahlsieg – auf die Beendigung der revolutionären Entwicklung. In dieser Forderung kam freilich in erster Linie nicht der Anspruch auf eine Wiederherstellung „der Ordnung“ zum Ausdruck, sondern vielmehr die Absicht die politische Entwicklung streng in den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu zwingen, und alle Errungenschaften, die darüber hinauswiesen, zu liquidieren.

Aber die im zweiten und dritten Drittel des Monats November in die Öffentlichkeit gedruckten Ansichten der Kleinlandwirtenpartei wiesen schon um vieles klarer auf jene Bestrebungen hin, die die zu verfolgende Politik und das Verhalten der Kleinlandwirtenpartei beeinflussen, bzw. bestimmt haben. Pál Auer formulierte in seinem „Die Außenpolitik der Kleinlandwirtenpartei“ betitelten Artikel die außenpolitischen Zielsetzungen der Partei – wohl nicht ohne daneben zu reden – im Ergebnis im Geiste der Südosteuropapolitik der westlichen Großmächte.⁵⁷ Die Innenpolitik der Kleinlandwirtenpartei aber umriss Ferenc Nagy, der hierzu als Anlaß – nicht ohne jede Absicht – die Begrüßung des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Zoltán Tildy anläßlich dessen

Geburtstags benutzte. Ferenc Nagy betrachtete für die aktuellste Aufgabe die in der Innenpolitik durchzuführenden proportionellen Änderungen, die in der Zusammensetzung der Regierung, in der Körperschaft der Obergespane, im Polizeiwesen und in den Selbstverwaltungsorganen „zur Geltung kommen müssen“.⁵⁸ Die Änderung, die „Proportionierung“ der Positionen in Staatsgewalt und Staatsverwaltung zugunsten der Kleinlandwirtenpartei war eine, seitens der Leiter der Partei ständig auf der Tagesordnung gehaltene Forderung, mit der sich mehr oder minder sämtliche Flügel, besonders aber das Zentrum und der rechte Flügel vollkommen einverstanden erklärten.⁵⁹ Neben der Proportionierung warf jedoch die Kleinlandwirtenpartei auch eine andere Frage auf, die eine eigenartige Beendigung der „revolutionären Etappe“ bezweckt hat. Das aber war die „aufrichtige Bilanz“ der Bodenreform, und zwar so, wie dies Mihály Kerék sah. Mihály Kerék setzte sich in den Spalten des Blattes *Kis Újság* für eine Beendigung der Bodenreform „im Geiste des Gesetzes“ ein.⁶⁰ Die Presse der Kleinlandwirtenpartei veröffentlichte – wenn auch nicht geradewegs mit dem Zweck dem oben Erwähnten das Gleichgewicht zu halten, doch immerhin um die Bereitschaft der Partei zu einer Zusammenarbeit in der Koalition zu dokumentieren, – den an die Parteimitglieder gerichteten Aufruf des Versorgungsministers Károly Bárányos unter dem Titel „Brot jedem Ungarn!“, in dem er die Bauernschaft der Kleinlandwirtenpartei zum Beispielgeben in der Bekämpfung der Versorgungskrise aufforderte.⁶¹ Auch in der Meinung der Partei bezüglich Aufhaltens der Inflation vermischten bzw. äußerten sich Elemente des Widerspruchs, des Opponierens und der Regierungsparteilichkeit. Jenő Katona war der Ansicht, daß von einer Zügelung der Inflation „so lange keine Rede sein könne . . . bis wir einen Auslandskredit erhalten“.⁶² Zwei Tage später aber betonte Robert Major ebenfalls in der Zeitung *Kis Újság* im Zusammenhange mit dieser Frage, daß man „eine gerechte Verteilung der Lasten zur Geltung verhelfen müsse“.⁶³

Je näher der Tag der Eröffnung der Nationalversammlung rückte, um so lauter wurden in der Kleinlandwirtenpartei die Meinungen, die die Einheit und Zusammenarbeit betonten. In der Sitzung der Abgeordneten-Gruppe der Kleinlandwirtenpartei sprach auch Ferenc Nagy darüber, daß „wir die Zusammenarbeit der Parteien sehr ernst nehmen müssen, und wir, die Mehrheit, eine unser würdige Geduld und Disziplin zu üben und zu bekunden haben“.⁶⁴ Zoltán Tildy forderte die Abgeordneten der Partei in der gleichen Sitzung zur Wahrung der Einheit auf und hob hervor, daß die neue Regierung die in der günstigen internationalen Aufnahme verborgenen Möglichkeiten nur dann ausnutzen könne, wenn im Lande „die innere Ordnung infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht gestört wird“. Darüber hinausgehend wurde aber über die konkreten Vorschläge der Partei bezüglich des Regierungsprogrammes nicht viel gesprochen. Auch darüber äußerten sich die Leiter der Partei nicht klar, mit welchem Programm die Regierung vor den Nationalrat und die öffentliche Meinung des Landes treten wolle. Anhand der Reden der Leiter der Partei konnten auch andere der gleichen Ansicht sein wie Fe-

renc Z. Nagy, der in seinen Memoiren diesbezüglich folgendes schreibt: „Wir waren neugierig darauf, wie die Leiter der Partei über die zu verfolgende Politik, über die Aufgaben und Möglichkeiten der Zukunft denken, und es war für uns wahrlich eine große Überraschung als es sich herausstellte, daß in den ersten Besprechungen außer den persönlichen Fragen lediglich über lokale Benachteiligungen und innenparteiliche Reibereien die Rede war, nicht aber über die Pläne, geschweige denn das Programm der Partei, obgleich man gar nicht viel im Lande herumreisen musste um zu sehen, wie viele, brennend dringliche Arbeit unser, der das Land lenkenden Koalition harrt“.⁶⁵ Wahrlich, die Kleinlandwirtenpartei hatte auch kein Programm für die Lösung der bevorstehenden-schwierigen Aufgaben des Landes. So gestaltete sich in der öffentlichen-Meinung nicht aus Zufall – schon in den ersten Wochen nach den Wahlen – der Eindruck, daß die Kleinlandwirtenpartei, beziehungsweise deren Leiter mit dem anlässlich der Wahlen erzielten Sieg nichts anzufangen wissen.

Die zwischenparteilichen Besprechungen in bezug auf die Vereinbarung des Regierungsprogramms wurden auch vor und nach der Veröffentlichung der Zusammensetzung der Regierung fortgesetzt. Ende November nahm die Kleinlandwirtenpartei – in Ermangelung eines eigenen Programms die Regierungsprogramm-Vorschläge der Kommunistischen Partei, die auch seitens der Sozialdemokratischen Partei und der Nationalen Bauernpartei unterstützt wurden, zumindest der Form nach im großen und ganzen an. Der Anschein einer Zusammenarbeit war also gesichert, die gemeinsame praktische Tätigkeit, die Verwirklichung des Programms aber schon um vieles weniger. Die sich auf der Oberfläche des politischen Lebens zeigende Einheit verbarg tiefe und schwierige Gegensätze, und es war nur eine Frage der Gelegenheit, wann diese zum Ausdruck kommen und an die Oberfläche dringen. In dieser Weise war sozusagen jeder Schritt der Koalitionsregierung zugleich auch der Prüfstein der Wahrung und der Erhaltung der Einheit. Dies bezog sich schon auf die Aufnahme des Regierungsprogramms im Parlament selbst. Das Programm gab der Vorsitzende der Regierung, Zoltán Tildy am 30. November der Nationalversammlung bekannt.⁶⁶

III.

Zoltán Tildy umriss zu Beginn seiner Programmrede kurz die internationale Lage des Landes und analysierte die außenpolitischen Zielsetzungen seiner Regierung. Er hob hervor, daß die Aufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion eine Bresche in die diplomatische Isolierung Ungarns geschlagen habe. Auf außenpolitischem Gebiet bezeichnete er als die dringlichste Aufgabe der Regierung die Festigung des Vertrauens der Sowjetunion, die Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu ihr. Zugleich legte Tildy großes Gewicht auf die Wiederherstellung der Beziehungen zu den USA und Großbritannien. Hierauf befasste sich der Vorsitzende der Regierung mit den Nachbarstaaten. Die

Beziehungen Ungarns zu Jugoslawien beurteilte er für „gut-nachbarliche“ und würdigte auch besonders die Nationalitätenpolitik der jugoslawischen Regierung. Gleichermassen bezeichnete er auch die ungarisch – rumänischen Beziehungen für „entwicklungsfähig“. Der Tätigkeit der Regierung Groza blickte er mit ernststen Hoffnungen entgegen und begrüßte den Plan einer ungarisch – rumänischen Zollunion. In bezug auf die Nachbarländer beurteilte der Ministerpräsident – auch Österreich mit inbegriffen – das ungarisch – tschechoslowakische Verhältnis als das am meisten problematische. Und diesbezüglich ließ er keinen Zweifel darüber, daß das größte Hindernis für das Zustandekommen eines gutnachbarlichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der ungarischen nationalen Minderheit sei. „Das demokratische Ungarn wünscht auch mit der Tschechoslowakischen Republik ein gutnachbarliches Verhältnis zu schaffen. Wir müssen bekennen – betonte Tildy –, daß unser diesbezügliches Bestreben bisher erfolglos geblieben ist, da wir infolge der in der Slowakei vor sich gehenden und das fortige Ungartum so schwer betreffenden Vorfälle, ein gutnachbarliches Verhältnis nicht in entsprechender Weise zustandebringen konnten. Es ist allgemein bekannt, daß in der Tschechoslowakei ungarische Staatsbürger ihres Vermögens beraubt, in großen Massen ausgewiesen, oder in Internierungslagern gefangen gehalten werden, nur weil sie Ungarn sind. Das Ungartum in der Tschechoslowakei wurde seiner politischen Rechte, seiner kulturellen Lebensbedingungen beraubt, ja infolge verschiedener Vermögenseinziehungs- und Entrechtungsmaßnahmen ist heute schon die Möglichkeit seiner materiellen Lebenserhaltung in Frage gestellt.“⁶⁷

Parallel damit bezeichnete Tildy als die Hauptaufgabe der Außenpolitik der Regierung, als wichtigsten Bestandteil ihrer aussenpolitischen Tätigkeit, die Vorbereitung auf den bevorstehenden Friedensschluß. Im Zusammenhang damit gab er seinem Wunsch und seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Friedensverträge die ungarische Frage in Berücksichtigung der Sache des Weltfriedens und der Interessen sämtlicher mitteleuropäischer Länder regeln werden. „Das demokratische Ungarn – sagte er – hat mit jedweder imperialistischer Politik ein für allemal Schluß gemacht. Es beansprucht für sich keinerlei Vorrechte im Karpatenbecken, es will gleichberechtigter Mitarbeiter sämtlicher Völker an der Donau im Aufbau einer glücklicheren und gesicherteren Zukunft sein, und dies in der Hoffnung, daß unsere Nachbarn eine ähnliche Politik verfolgen wollen.“⁶⁸

Die innenpolitischen Zielsetzungen seiner Regierung analysierend erblickte Zoltán Tildy die Lösung der wichtigsten Aufgabe – des materiellen und geistigen Wiederaufbaus des Landes – vor allem in der starken Zentralregierung und in der Tätigkeit „eines gut und diszipliniert funktionierenden Staats-, Gemeinschafts- und Polizeiapparats“ für realisierbar und gesichert. Im wesentlichen umriss er im gleichen Sinne die Pflichten und Aufgaben, die den verschiedenen Ministerien im einzelnen zufallen.

Er beurteilte die Lage des Landes so, daß „im Mittelpunkt unseres nationalen Lebens heute die Wirtschaftsfragen stehen“.⁶⁹ Er verschwieg auch das nicht, daß die wirtschaftliche Lage des Landes außerordentlich schwierig ist. Doch für dies alles trägt nicht das demokratische System die Verantwortung. „Die auch unter unaussprechlichen Schwierigkeiten rechtschaffen Arbeitenden, auch die leidenden Volksschichten bitte ich – sagte der Ministerpräsident – für keinen Augenblick zu vergessen, selbst in den Minuten der berechtigten Erbitterung nicht, daß die Quelle unserer derzeitigen Schwierigkeiten und Entbehrungen dort, im verflochtenen System zu suchen ist“.⁷⁰

Auf dem Gebiete des Wiederaufbaus bezeichnete Tildy für eine der dringlichsten Aufgaben die Wiederherstellung der Industriebetriebe und die Zurückgewinnung der von den Deutschen verschleppten industriellen Einrichtungen und Materialien. Im Rahmen dessen hob er besonders auch die Wichtigkeit einer Steigerung der Kohlenproduktion, der Schaffung neuer Kraftwerke, der Instandsetzung und Weiterentwicklung der Baustoffindustrie, der Leichtmetall erzeugenden und bearbeitenden Industrie sowie der chemischen Industrie hervor. Sowohl hinsichtlich des Wiederaufbaus der Industrie, wie auch des normalen Blutkreislaufes im Leben des Landes betonte er die hervorragende Bedeutung einer baldmöglichsten Wiederherstellung des Verkehrs und innerhalb dessen besonders der Eisenbahnen. Er kündigte auch an, daß die Regierung den Gesetzantrag in bezug auf die Verstaatlichung der Gruben und Kraftwerke innerhalb kürzester Zeit einbringen werde.⁷¹ Auf dem Gebiete der Landwirtschaft versprach Tildy den raschen Abschluß der mit den Interessen der Agrarproduktion und den der breiten Volksschichten eng verbundenen Bodenreform, „die Aufhebung der einen endgültigen Abschluß behindernden und zu der Verordnung Nr. 600/1945 im Gegensatz stehenden Massnahmen“.⁷² Er setzte zum Ziel den Anbau von Brotgetreide auf einer Bodenfläche von mindestens drei Millionen Katastraljoch, und außer einer „ziffernmäßigen Vermehrung“ des Viehbestandes, dessen qualitative Verbesserung. Schließlich versprach der Ministerpräsident den zu gründenden landwirtschaftlichen Produktions- und Verkaufsgenossenschaften im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Sicherung des Verkaufs die „wirksamste“ Unterstützung.

Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande sowie der Stetigkeit und des Erfolges des Wiederaufbaus hielt der Vorsitzende der Regierung für die am ärgsten behindernden Faktoren die Inflation und die Versorgungsprobleme. Er beabsichtigte „mit dem Einsatz aller unserer Kräfte“ die finanziellen Fragen zu lösen und die rasende Inflation zum Stehen zu bringen, und zwar durch eine höchstmögliche Steigerung der Staatseinnahmen und eine rationelle Verringerung der Ausgaben, dadurch, daß „wir in erster Linie die tragfähigsten Gesellschaftsschichten besteuern, ohne daß unsere Massnahmen das gesunde Wirtschaftsleben selbst lähmen würden. Die Steuerfreiheit des Existenzminimums werden wir jedoch gewährleisten“.⁷³ Hinsichtlich der Ernährung erachtete Tildy die Brotgetreidelage für die schwierigste. In bezug auf eine weitere Stei-

gerung der Ablieferung hielt er es aber für unerlässlich, dass die Regierung, wenigstens zum Teil, für eine wertbeständige Gegenleistung Sorge. Doch meine er, die Ernährungsschwierigkeiten aus inneren Kräften auch so nicht lösen zu können, darum beabsichtigte er ausländische, vor allem eine UNRA-Hilfe zu verlangen und in Anspruch zu nehmen.

Zoltán Tildy behandelte die Fragen der Festigung der inneren Ordnung und des Wiederaufbaus in engem Zusammenhang mit dem Kampf, der auf dem Gebiete des gesamten öffentlichen Lebens gegen die Reaktion zu führen sei. Den polizeilichen, und besonders den politischen Kampf gegen die Reaktion betrachtete er nicht nur für eine Aufgabe des Innenministeriums, sondern auch für eine der gesamten Regierung. Die Rede widerspiegelte in ihren Zielsetzungen und ihrem Geiste zum Großteil die früheren Programmentwürfe der Linksparteien, doch wich sie in einigen Punkten von jenen auch ab. Aber auch in solchen Fällen „spornte“ sie nicht ausdrücklich zur Debatte an, indem sie den eindeutigen und entschiedenen Stellungnahmen eher aus dem Wege ging. Dadurch ergaben sich natürlich geradewegs Möglichkeiten für eine unterschiedliche Auslegung der behandelten Fragen. Das Regierungsprogramm war – aus der Natur der Situation folgend – im wesentlichen ein zwischen den Parteien der Front der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit zustandegekommener Kompromiss, der in erster Linie für die Linksparteien günstiger war. Die Dauerhaftigkeit des Kompromisses wurde jedoch schon von der Aufnahme des Regierungsprogramms im Parlament, beziehungsweise von der diesbezüglichen Debatte auf die Probe gestellt.

Die außenpolitischen Zielsetzungen der Regierung lösten in der Nationalversammlung mit Ausnahme einer einzigen Frage – der des ungarisch-tschechoslowakischen Verhältnisses – keinen nennenswerten Widerhall aus. Die Redner, die im Namen der Parteien das Wort ergriffen haben, nahmen jene im Grunde genommen an. Sie fügten höchstens ergänzende Bemerkungen hinzu. So forderte József Révai die Regierung auf, bei den alliierten Westmächten die Rückerstattung der nach Deutschland und Österreich verschleppten Güter, Werte und Waren, darunter des Goldvorrates der Nationalbank, zu betreiben. In den Ausführungen Ferenc Szeders war im wesentlichen das einzige neue Moment, daß er im Namen der Sozialdemokratischen Partei eindeutig für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion „in jeder Beziehung“ Stellung nahm.

Die Abgeordneten erwähnten im allgemeinen mit warmen Worten die Tätigkeit der Regierung Groza, und ganz besonders das loyale Verhalten Jugoslawiens. Mit dem ungarisch-tschechoslowakischen Verhältnis beschäftigten sich fast ausnahmslos sämtliche Redner, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. Den schärfsten Ton schlug Béla Varga in seinen Ausführungen an. Unter dem Prätext der Verwahrung gegen die Verfolgung der Ungarn in der Tschechoslowakei ließ er sich zu heftigen Angriffen gegenüber der Tschechoslowakei hinreißen.⁷⁴ Auch die Abgeordneten der beiden Arbeiterparteien erwähnten die Verfolgung der Ungarn in der Tschechoslowakei und verurteilten diese, doch sie ver-

leumdeten das tschechoslowakische Regime nicht, und betonten dauernd die Notwendigkeit einer aufrichtigen Verbesserung des ungarisch – tschechoslowakischen Verhältnisses.

In der Verurteilung des verflochtenen Systems und im Aufbau eines kräftigen und stabilen Regimes stimmten anscheinend alle Parteien überein. In bezug auf die Liquidierung der Folgen der Vergangenheit, auf die zur Schaffung des Ansehens der Regierung und besonders auf die Methoden, wichen die Meinungen der Parteien jedoch voneinander ziemlich ab. Im wesentlichen formulierten sich in bezug auf alle wichtigeren Fragen zwei, einander mehr oder minder widersprechende Meinungen, gegensätzliche Anschauungen, obwohl diese Widersprüche und Gegensätze keinesfalls immer zwischen den Linksparteien und der Kleinlandwirtenpartei in Erscheinung traten. Fallweise vertraten auch die Linksparteien einen unterschiedlichen Standpunkt, und es kam vor, daß die Meinung der Sozialdemokratischen Partei, beziehungsweise die der Nationalen Bauernpartei nicht zu der der Kommunistischen Partei, sondern zu jener der Kleinlandwirtenpartei näher stand.

Als der Wortführer der Kommunistischen Partei László Rajk über die Wichtigkeit einer Festigung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit sprach, betonte er, daß „wir, wenn wir über Ordnung sprechen, darunter den Schutz und die Sicherung der Ordnung der Demokratie verstehen“.⁷⁵ Im Interesse einer Realisierung dessen erachtete er die Säuberung des Staatsapparats, der Verwaltung, der Ministerien von den reaktionären, die Durchführung der Regierungsmaßnahmen sabotierenden, der Demokratie feindlich gegenüberstehenden Elementen für unerlässlich. Die Säuberung der öffentlichen Verwaltung hielt er jedoch nicht allein mit Rücksicht auf die Festigung der demokratischen Ordnung für unentbehrlich, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Im Anschluss an obige Ausführungen Rajk's wies József Révai anhand zahlenmäßiger Angaben nach, daß eine etwa 30%-ige Verringerung des Personalstandes des Verwaltungsapparats nicht nur ein politisches, sondern auch ein vitales wirtschaftliches Interesse der Volksdemokratie sei.⁷⁶ László Faragó machte auf die zweierlei Sabotagen der sich in den Staatsapparat eingenisteten Reaktion aufmerksam. Die eine bezeichnete er als politische Sabotage, die andere aber als „Arbeitsabotage“ ohne jegliches politisches Vorzeichen. Imre Kovács nannte die öffentliche Verwaltung das „Warmbeet“ der Reaktion. Er stimmte dem Vorschlag der kommunistischen Abgeordneten bei und setzte sich für eine Auffrischung der Verwaltung seitens der Regierung mit Arbeitern und werktätigen Bauern ein. Béla Varga urgierte ein Gesetz zum Schutze der Demokratie. Er verneinte auch die Notwendigkeit einer Säuberung der Verwaltung offen nicht, doch „erlaubte“ er keine Differenzierung zwischen dem einen und dem anderen Ungarn. Auch den Sinn der Demokratie bezeichnete er in der Verneinung von Gewalt und Diktatur jeglicher Art. István B. Szabó begnügte sich aber nicht mit einer Auslegung der Begriffe Gewalt und Diktatur theoretischen Charakters, sondern erklärte offen, daß er hinsichtlich des Obigen die größte Gefahr in der Tätigkeit der demokratischen Polizei erblicke

und indentifizierte letztere mit den Gewaltorganisationen des gegenrevolutionären Systems. Damit langte er eigentlich bei einem der empfindlichsten Punkte der Parlamentsdebatte an.

László Rajk betrachtete hinsichtlich der demokratischen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit die demokratische Polizei für einen Faktor ersten Ranges, obgleich er anerkannte, daß im Zusammenhang mit der Polizei auch begründete Einwände erhoben werden. Gleichzeitig stellte er aber fest, daß die demokratische Polizei die Anfangsschwierigkeiten schon hinter sich habe. „Jeder wirkliche Demokrat kann der übermenschlichen Arbeit der demokratischen Polizei nur Dank und Anerkennung zollen – sagte Rajk –, mit der sie unter den schwierigsten Umständen, zur Zeit einer fast völligen Auflösung der staatlichen Ordnung die persönliche und Vermögenssicherheit geschützt hat.“⁷⁷ Rajk erwähnte auch, daß der Fehler der Polizei nicht darin zu suchen sei, daß ihr viele Kommunisten und Sozialisten angehören, sondern darin, dass sich in ihren Reihen noch zu viele Elemente aus der Zeit des Horthy-Regimes befinden. Es wirkte einigermassen überraschend, daß sich außen den kommunistischen Abgeordneten vor allem Imre Kovács für die demokratische Polizei einsetzte. Allerdings in einer etwas eigentümlichen Weise. Kovács beurteilte die Lage so, daß die Zeit des Provisoriums auch bei der Polizei vorüber sei, und man nun die Polizei so organisieren müsse, als eine demokratische Polizei. Zugleich wies er aber auch solche Ansichten zurück, die in der früheren Tätigkeit der demokratischen Polizei nur Fehler zu entdecken glaubten. „Jemand ließ die Bemerkung fallen – sagte Imre Kovács –, daß zu Beginn, da die Polizei organisiert wurde, man sie von den Strassen holte. Ich möchte die geehrte Nationalversammlung darauf aufmerksam machen, daß sich in den Stunden und Tagen nach der Befreiung nur wirkliche Demokraten auf die Strasse wagten, die Polizei wurde also aus diesen wirklichen Demokraten ausgelesen. Diese Polizei konnte Dinge begehen, die mit den demokratischen Aufgaben nicht zu vereinbaren sind. Doch die Polizei erfüllte zur Zeit des Provisoriums ihre Pflicht, dann selbst die schlechteste Polizei ist besser, als wenn es keine Polizei gibt, und denken wir daran, was geschehen wäre, wie weit sich die Anarchie gesteigert hätte, wenn die Polizei nicht organisiert worden wäre. Zur Würdigung und Beurteilung der Rolle der Polizei gehört daher auch dies,“⁷⁸ Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die mit der Verteilung der Polizeipositionen unzufrieden waren, hatten zum Schutze der demokratischen Polizei kaum etwas vorzubringen. Dafür betonten sie eher, daß die Achtung des Gesetzes überall zur Geltung gebracht werden, das Kleinpotentatentum abgeschafft werden müsse. Szeder war der Meinung, daß es außer der Verwaltung auch bei den Vollzugsbehörden der Verwaltung „begründet sei Ordnung zu schaffen“.⁷⁹ Diese Ansicht Ferenc Szeders bildete in der Beurteilung der Polizei einen eigenartigen Übergang zwischen dem kommunistischen Standpunkt und dem der Kleinlandwirte. Interessanterweise konnte man auch bei letzteren einen gewissen Unterschied zwischen der „masshaltenden“ Auffassung Béla Vargás und den groben Ausfällen des István B. Szabó gegenüber der Polizei

wahrnehmen. B. Szabó konnte von seiten der Polizei nur Versäumnisse und Gesetzverletzungen erfahren. Er war der Meinung, daß die Anhänger der Kleinlandwirtenpartei infolge der Übergriffe der Polizei besonders viel zu leiden hatten, daß diese eigentlich vom Regen in die Traufe gerieten, indem die jetzige Polizei in den Dörfern gerade jene verfolgt, die auch von der Horthy-Polizei verfolgt wurden.

Im Kreise der Koalitionsparteien zeigten sich auch in der Beurteilung der ungarischen Armee Gegensätze. Allerdings waren diese weitaus nicht so unüberbrückbar, wie die im Falle der Polizei.

Die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei brachten — dem vorläufigen Programmentwurf der Partei entsprechend — im Laufe der Debatte auch die Frage der Staatsform zur Sprache. „Aufgabe dieses Parlaments aber ist auch die Staatsform des Landes zu bestimmen. Die Sozialdemokratische Partei nimmt ganz entschieden für eine republikanische Staatsform Stellung“ — betonte Ferenc Szeder, der Wortführer der Partei.⁸⁰ In der Debatte reagierte — von den Abgeordneten der Koalitionsparteien — lediglich József Révai positiv auf den Vorschlag Ferenc Szeders, und stellte im Namen der Kommunistischen Partei fest, daß „in Ungarn nichts anderes folgen könne und nichts anderes folgen werde wie eine Volksrepublik“.⁸¹ Zugleich verwies er darauf, daß in der letzten Zeit wieder der Legitimus aufkam, „die Anhänger Ottos“ lebhafter geworden sind. Dieser „Bewegung“ maß jedoch Révai keine besondere Bedeutung bei, vielmehr wollte er die Aufmerksamkeit jener Situation zuwenden, die solche Erscheinungen hervorruft. Die grundsätzliche Stellungnahme der Kommunistischen Partei für die republikanische Staatsform machte natürlich nicht die Erscheinung des Legitimus, sondern die Äußerung B. Szabós aktuell. István B. Szabó erblickte nämlich im Aufwerfen der Frage der Staatsform eine Gefährdung der „sich kräftigenden Einheit“, die Zersplitterung der dem Wiederaufbau zuzuwendenden Kräfte und die Ablenkung der Aufmerksamkeit von den Fragen ersten Ranges. Auch darüber äußerte er sich nicht, ob er mit einem derartigen Vorschlag überhaupt einverstanden ist, das stellte er jedoch unter Ausschluß jedes Zweifels fest, dass er es für unrichtig und nicht aktuell hält, die Frage der Staatsform auf das Programm zu setzen „bevor eine so aus das Land in dieser Frage einen so einmütigen Standpunkt einnehmen gestaltete innere Lage bestünde, die es gewährleisten könnte, daß kann, der die notwendige weise Zusammenarbeit weiterhin ermöglicht“.⁸² In Wirklichkeit beschäftigte B. Szabó keineswegs das Schicksal der Einheit der Koalitionsparteien in erster Linie, sondern die Beziehungen des rechten Flügels der Kleinlandwirtenpartei zur katholischen Kirche, beziehungsweise zu Mindszenty, die er durch das Aufwerfen der republikanischen Staatsform für gefährdet erachtete. Damit war auch die lebhafteste Verwahrung der Abgeordneten der Kleinlandwirtenpartei wegen der kommunistischen Kritik über Mindszenty zu erklären. Außer József Révai unterstützte den Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei ausschließlich der Parteilose György Bölöni offen und entschieden. Bölöni hielt die mit einer Habsburger-Restauration verbundenen Vorstellungen

selbst „als Operette für verwegen“. Hierauf sprach er darüber, daß Ungarn de facto schon eine Republik ist, und es eben deshalb an der Zeit sei, daß die Nationalversammlung diesbezüglich jede Unklarheit beseitige, nicht nur nach Innen, sondern – „wegen unseres Ansehens und wegen der Bewertung der Stabilität unseres Regierungssystems – auch dem Ausland gegenüber“.⁸³

In der Debatte über die innere Lage des Landes und die Aussichten nahmen einen bedeutenden Platz die mit der Nationalökonomie verbundenen Fragen ein. Aber auch anhand dieser spielte die Landwirtschaft, genauer die Angelegenheit der Beendigung der Bodenreform eine besondere Rolle. Jeder Abgeordnete, der das Wort ergriff, berührte nicht nur diese Frage, sondern erörterte sie auch ziemlich ausführlich. Ja, in diesem Fall legte auch der Wortführer der Kleinlandwirtenpartei einen „Parteistandpunkt“ dar, was um so überraschender war, da gerade die Abgeordneten der Kleinlandwirtenpartei, unter Berufung auf die Freiheit der Parlamentsdebatte, häufig nur ihre „persönliche Meinung“ zum Ausdruck zu bringen pflegten. „Ich möchte hier einige ernste Worte sprechen und erklären – betonte Béla Varga – im Namen der Unabhängigen Kleinlandwirtenpartei. Der Jahrhunderte dauernde Prozess des ungarischen Volkes war entschieden: der größte Schatz des Landes, der Boden, gelangte in den Besitz des ungarischen Volkes. So kann das Volk diesbezüglich in Sicherheit leben, denn das Volk wahrt und schützt dieses höchste Gut, den ungarischen Boden, inmitten aller Wandlungen des nationalen Mißgeschicks.“⁸⁴ Béla Varga näherte sich der Frage eines Abschlusses der Bodenreform anscheinend nicht von seiten der Klassenpolitik, ja auch nicht von der der Mehrproduktion, sondern von dem Gesichtspunkt des Schutzes der nationalen Unabhängigkeit aus. Bei dieser Gelegenheit sprach er zwar nicht konkret von den die nationale Unabhängigkeit gefährdenden Faktoren, ja auch von der „Kolchosen“-Gefahr nicht, doch knüpfte er seine Feststellungen – auch ohne offenes Aufwerfen der erwähnten Fragen – ziemlich logisch an die im Laufe der Wahlagitatio n dargelegten Ansichten der Kleinlandwirtenpartei.

Varga wich – in seinen mit der Bodenreform verbundenen Erörterungen – den zwischen den Parteien bestehenden strittigen Fragen aus, und näherte sich dem Problem von einer „prinzipiellen Höhe“ aus. Demgegenüber bevorzugte der andere Redner der Kleinlandwirtenpartei, István B. Szabó in seinen Ausführungen die „praktischen“ Belange. B. Szabó „eröffnete“ in erster Linie jene Erscheinungen, derentwegen „sich die Werte der Bodenreform zweifelhaft gestalten werden“.⁸⁵ So erblickte er eine große Gefahr darin, daß unter dem Titel der Wiedergutmachung im ganzen Lande große Mengen von Agrarprodukten und Tieren beschlagnahmt, die Bauern „auch ihrer letzten Kuh“ verlustig werden. Er beantragte, daß sich die Regierung an die Alliierte Kontrollkommission, in Wirklichkeit an die Sowjetunion wende, und um eine Ermässigung der Wiedergutmachung, beziehungsweise um einen Aufschub der Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen ansuche. Er wies auch jene Ansichten zurück, wonach die Neubauern die landwirtschaftli-

chen Arbeiten auf ihren Feldern darum nicht verrichten können, weil die Großbauern ihnen selbst dann keine Hilfe leisten, wenn ihre Zugtiere untätig in den Stall gebunden sind. Seine Behauptungen versuchte er damit zu beweisen, daß er derartige Vorkommnisse nirgends gesehen habe, ferner, daß es in der ungarischen Landwirtschaft eigentlich gar keine Großbauern mehr gibt. Die schwierige Ernährungslage und die Notwendigkeit derer Lösung verneinte er der Form nach nicht, doch dagegen verwahrte er sich, daß von den Bauern ohne Entgelt Produkte requiriert werden. Dies alles sagte er – wie es sich später herausgestellt hat – in erster Linie nicht um die bauernfeindliche Politik der Regierung „zu enthüllen“, sondern weil er meinte die früheren Bestrebungen der Kleinlandwirtenpartei, die Bildung einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung, am leichtesten und selbstverständlichsten aufwerfen zu können. B. Szabó forderte von der Regierung die dringende Errichtung einer Interessenvertretung, die „eine wirkliche Interessenvertretung des produzierenden Kleinbauernums im ganzen Lande wird“.⁸⁶ Als landwirtschaftliche Interessenvertretung empfahl er jedoch nicht die Schaffung einer neuen Organisation, sondern daß dem Bauernbund „die gleichen Rechte“ eingeräumt werden wie den Gewerkschaften. Damit wiederholte und erneuerte B. Szabó im wesentlichen den Augustbeschluss der Bauernsektion der Kleinlandwirtenpartei, der von den Linksparteien und in erster Linie von der Kommunistischen Partei so viel kritisiert wurde. Die Abgeordneten der Kleinlandwirtenpartei sprachen nicht darüber, daß die Errungenschaften der Bodenreform von der Rechten her gefährdet sind, auch von den „Übergriffen“ der Linken im Zusammenhang mit der Durchführung der Verordnung und des Gesetzes bezüglich der Bodenreform wurde nicht viel gesprochen. Offiziell anerkannten sie jene Formulierung des Ministerpräsidenten Zoltán Tildy, wonach auch auf diesem Gebiete die Einhaltung der Gesetzlichkeit unbedingt zu gewährleisten sei. Dies entsprach im großen und im ganzen ihren Interessen. Zugleich ließen sie keinen Zweifel darüber übrig, daß sie an die Schaffung einer unter der Führung der begüterten Bauernschaft stehenden Bauernorganisation denken, die die Positionen und den Einfluß der Kleinlandwirtenpartei in der Landwirtschaft, beziehungsweise im Kreise der Landbevölkerung unverändert fest bewahrt.

Die mit vereinten Kräften erfolgte Zertrümmerung der Großgrundbesitze von tausend Joch, die Liquidierung des feudalen Großgrundbesitzsystems und die Zuteilung des Bodens and die Nachkommen der besitzlosen Leibeigenen bezeichnete auch Ferenc Szeder für eine historische Errungenschaft, und unterstrich hierbei auch noch, daß es „kein solches Mittel gibt, von dessen Anwendung wir solchen gegenüber zurückschrecken würden, die nur einen blassen Versuch unternehmen, die Ergebnisse der Bodenreform zu bezweifeln“.⁸⁷ Hieraus ist ersichtlich, dass die Sozialdemokratische Partei keinen Zweifel übrig liess, daß sie sich jedem Plan und Schritt entgegensetzt, der eine Behinderung des Abschlusses der Bodenreform, oder eine Überprüfung dieser seitens der Grundbesitzer bezweckt. Anders dachte er aber über die radikale Durchführung der

Verordnung und des Gesetzes in Bezug auf die Bodenreform. Nach Szeders Ansicht war die Durchführung der Bodenreform eine rasche Handlung, somit kann es nicht Wunder nehmen, wenn „in der Durchführung vielerorts auch Fehler unterlaufen sind“. ⁸⁸ Allerdings hielt er die Korrektur der Fehler für eine um vieles leichtere Aufgabe, als wenn das Großgrundbesitzsystem beibehalten worden wäre. Doch was den Charakter und die Richtung der Ausbesserung betrifft, erwies sich der sozialdemokratische Abgeordnete schon keineswegs für radikal. Im Gegenteil, mit seinem Standpunkt näherte er sich im Endergebnis der Auffassung der Kleinlandwirtenpartei. Folgende Worte Ferenc Szeder können auch auf die Durchführung der Bodenreform, richtiger auf die Art und Weise deren Beendigung bezogen werden: „Die Verbindlichkeit des Gesetzes muß wiederhergestellt werden, damit es jedermann klar werde: das Gesetz darf nicht unbestraft übertreten werden, wer eine ungesetzliche Handlung begeht, hat mit den schwersten Folgen zu rechnen. Der Ausbau der demokratischen Staatsordnung erfordert Ordnung, Disziplin und Ruhe. Alles dieses muß daher gesichert werden. Aber auch die persönliche und die Vermögenssicherheit muß gewährleistet werden, da dies die Vorbedingung einer Ankurbelung der Produktionsarbeit ist.“ ⁸⁹ Szeder hielt eine wirtschaftliche Kräftigung der Neubauern, eine Entwicklung der Agrarproduktion in der Weise für realisierbar, daß die Bauern zu billigen Preisen Maschinen und Geräte zugeteilt erhalten und sich zugleich – unter zentraler Anweisung – von den Getreidebau auf den Obstbau, und die Produktion von Industriegewächsen umstellen. Auch im Zusammenhang mit dem vorhin Erwähnten hielt er die Befreundung der Bauernschaft mit dem Genossenschaftsgedanken, beziehungsweise mit dessen praktischer Anwendung für eine grundlegende Frage. Szeder dachte natürlich nicht an „Kolchose“, sondern an das Beispiel der dänischen Landwirtschaft. „Wenn wir über die landwirtschaftliche Produktion sprechen – betonte Ferenc Szeder – schwebt uns immer Dänemark vor, weil das Genossenschaftssystem dazu geeignet ist, daß es der Kleinbauernschaft sowohl bei der Produktion wie auch bei der Verwertung alle jene Vorteile sichere, die bisher nur der Großgrundbesitz genossen hat.“ ⁹⁰ Péter Veres, der das Wort im Namen der Nationalen Bauernpartei ergriffen hat, betrachtete die Bodenreform nur als ersten Schritt auf dem Wege des Aufstieges der Bauernschaft. Er wies darauf hin, daß die Bodenreform nicht den „wirklichen Vorstellungen“ der Sozialisten entsprechend verwirklicht werden konnte, indem die Bauern zugleich mit dem Boden nicht auch Kredit, Tiere, Geräte, Maschinen, Haus und Genossenschaft bekamen, um die Stärke und den Segen des Bündnisses mit der industriellen Arbeiterschaft sofort empfinden zu können, aber auch nicht den „bürgerlichen Vorstellungen“ entsprechend, da nicht eine Art Kleinbesitzsystem zustande kam, von dem die Vertreter der bäuerlichen Verbürgerlichung geträumt haben. „Es war dies eine Bodenverteilung – stellte Péter Veres fest – wie man sie eben in einem durch den Krieg entleerten, verwüsteten Ruinenland durchführen konnte.“ ⁹¹ Péter Veres nahm eindeutig und entschieden für einen raschen Abschluß der Bodenreform

Stellung und bezeichnete zugleich jene Ursachen, die die rasche Beeindigung der Bodenreform verzögern. Diese sind: der Mangel einer einheitlichen Auslegung des Wortlautes und des Geistes des Bodenreformgesetzes, der Mangel an Ingenieuren, demzufolge sich die Zuweisung von Baustellen verzögert, ferner sind die Vermessungsarbeiten von den etwa 3000, durch die Boden- und Baustellenreform betroffenen Gemeinden nur in 346 kleineren Gemeinden beendet und werden bis zum Jahresende in weiteren 611 zum Abschluß gebracht. Die für technische Zwecke eingezahlten Beträge entwerten sich infolge der Inflation bis sie dem Zentralrat für Grundbesitzregulierung zur Verfügung stehen. Das Grundgesetz bestimmt gewisse Grenzen zu starr, und dies vereitelt vielerorts die Bodenverteilung. In Ermangelung von Grundbüchern konnte es nicht immer im voraus festgestellt werden, daß die Güter von vier-fünfhundert Joch das Eigentum mehrerer Besitzer sind, und somit der Besitzanteil einzelner hundert Katastraljoch nicht erreicht. Die Produktionsausschüsse verfügen über keine ausreichende Befugnis, die Neubauern, und im allgemeinen die Kleinbauern ohne Zugtiere, besitzen keine entsprechende Interessenvertretung, und sind demzufolge in den meisten Ortschaften den Großbauern ausgeliefert. Von den bisherigen Rednern erwies sich Péter Veres als der bewanderteste in der Frage eines raschen Abschlusses der Bodenreform, was nicht Wunder nehmen kann, da ja er der Vorsitzende des Zentralrates für Grundbesitzregulierung war, aber auch dem Geiste nach näherte er sich in anderer Weise den Problemen. Vor allem beantragte er ergänzende Rechtsnormen, und zwar solche, die berufen waren den Interessen der neuen Besitzer, der Neubauern zu dienen. Wohl nahm auch er nicht entschieden Stellung in der Debatte, was mit dem Boden geschehen soll, der in Übertretung des Buchstaben des Gesetzes zur Aufteilung gelangt war, doch aus jedem seiner Worte war es klar ersichtlich, auf welcher Seite er steht. Auch mit dem Aufwerfen der Errichtung einer Interessenvertretung der Bauern wollte er den Interessen der Neubauern und der alten Kleinbauernschaft dienen. Auch die anscheinende Verwandtschaft dieses Antrags mit der Forderung ähnlichen Charakters der Kleinlandwirte konnte die Tatsache nicht verbergen, daß zwischen der bäuerlichen Interessenvertretung Péter Veres's und der landwirtschaftlichen Interessenvertretung der Kleinlandwirtenpartei ein grundlegender, prinzipieller Unterschied besteht. „Eben darum fordern wir – sagte Péter Veres –, daß in den Dörfern bäuerliche Selbstverwaltungskörperschaften ständigen Charakters, Bauernausschüsse gebildet werden, wenn die Bodenverteilungsausschüsse ihre Aufgabe beendet haben.“⁹² Er wollte also in den Nachfolgern der Bodenbeanspruchungs- und Bodenverteilungsausschüssen das Organ zum Schutze der Interessen der Arm- und Kleinbauernschaft auffinden, nicht aber im Bauernbund. In ähnlicher Weise wollte er auch mit der Modifizierung der Ablieferungsverordnung das erreichen, daß „die Ablieferung für Wiedergutmachung und Wiederaufbau jedermann seinem Vermögen und Einkommen gemäß erfülle.“⁹³ Der andere Vertreter der Nationalen Bauernpartei, Imre Kovács, verwies in seiner Rede darauf, daß die Bodenreform selbst in der National-

versammlung „unterschiedlich beurteilt“ wird, obwohl es jedermann sehen müsste, daß ohne Durchführung der Bodenreform „hier keine Demokratie aufgebaut werden könnte“.⁹⁴ Seiner Meinung nach entspringt ein rascher Abschluß der Bodenreform einer politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit. Er griff die Komitatsräte für Grundbesitzregulierung scharf an, die einen raschen Abschluß der Bodenreform und die grundbücherliche Eintragung des verteilten Bodens darum verhindern, weil sie häufig den Interessen der gewesenen Besitzer dienen. Er erwähnte auch, daß bei der Nationalversammlung und beim Zentralrat für Grundbesitzregulierung zu Hunderten Gesuche einlaufen, mit denen die Großgrundbesitzer, in Berufung auf ihre Verdienste um die Widerstandsbewegung versuchen 300 Katastraljoch Boden behalten oder zurückgewinnen zu können. „Wir wissen es wohl – betonte Imre Kovács –, daß es bei der Großgrundbesitzer-Gesellschaft tatsächlich einen großen Widerstand gab. Sie widerstanden den Bestrebungen des ungarischen Volkes, der Vollentfaltung der ungarischen Demokratie. Sie vermögen nur diesen Widerstand aufzuweisen . . . , unter Berufung auf diesen Widerstand können sie nichts zurückbekommen, oder nur, wenn dies tatsächlich für gerecht erscheint.“⁹⁵

László Rajk urgerte in seiner Rede ebenfalls einen raschen Abschluß der Bodenreform. Doch Rajk legte den Begriff der Durchführung keineswegs so aus, wie dies ein Teil der Abgeordneten der Kleinlandwirtenpartei, aber auch der Sozialdemokratischen Partei taten. Die Gefährdung der Bodenreform erblickte er nämlich nicht in jenen „Ausnahmefällen von Übergriffen“, wo die Bodenbewerber von ihrem Bodenhunger geleitet hie und da unter die Grenze von 100 oder 200 Joch gingen, sondern vor allem in jenen Ausschreitungen, da man mit Hilfe von Advokaten und anderen Paragraphendrehern – trotz den klaren Verfügungen des Bodenreformgesetzes – des öfteren mit Erfolg versucht hatte die Neubauern um ihren Boden zu bringen, den ihnen das demokratische Regime zugeweiht hat. Der Wortführer der Ungarischen Kommunistischen Partei bezeichnete diese Erscheinungen als „förmliche Angriffe“ gegen die belästigten Neubauern. „Es sind uns mehrere solche Fälle bekannt – erklärte Rajk – da aus dem Westen zurückgewanderte ehemalige Gutsbesitzer mit Hilfe der örtlichen Reaktion eigenmächtige Inbesitznahmen vornehmen und den Neubauern, ohne jedes richterliche Urteil, von seinem Boden verdrängen.“⁹⁶ Rajk verurteilte auch die Tätigkeiten der Mühlenbesitzer scharf, die die verschiedensten und unglaublich hohe Naturalien als Gegenleistung für das Mahlen fordern. Der Abgeordnete der Kommunistischen Partei sah aus dieser Situation keinen anderen Ausweg wie die Übernahme der Mühlen in Gemeindebesitz. Er war der Meinung, daß sich die Nationalversammlung noch vor Abschluß der Session mit dem Gesetzantrag über die Kommunalisierung der Mühlen beschäftigen sollte.⁹⁷

Sehr eingehend befasste sich die Nationalversammlung auch mit jenen Zielsetzungen des Regierungsprogramms, die einen Aufschwung der industriellen Produktion und eine Verzögerung, beziehungsweise Liquidierung der Inflation bezweckten. Die Debatte war aber in diesen Fragen

ziemlich einseitig, wohl erwähnten auch die Abgeordneten der Kleinlandwirtenpartei die Industrie, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Versorgung der Landwirtschaft, genauer der bäuerlichen Bevölkerung mit Industrieartikeln, und anerkannten die schädlichen Folgen des Schwarzhandels. Doch zu mehr als das Erwähnte, zur Darlegung ihres Standpunktes im Zusammenhang mit den behandelten Fragen, konnten sie sich nicht entschliessen. Péter Veres, der im Namen der Nationalen Bauernpartei das Wort ergriff, näherte sich den Problemen der industriellen Produktion und der Inflation ebenfalls von seiten der Landwirtschaft, und vor allem der Klein- und Armbauern. Die Interessen und Ansprüche der — die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung ausmachenden — Klein- und Armbauern, sowie des Dorfproletariats vor Augen haltend forderte er die Einstellung des „in Ermangelung eines Nutzens sabotierenden“ Kapitals in den Dienste der Nation. Er verwahrte sich gegen jene Praxis des Industrieministeriums, mit der es die „durch das Volk in Betrieb gesetzten“ landwirtschaftlichen Industriebetriebe den inzwischen zurückgekehrten Eigentümern oder deren Verwandten zurückerstattet. Den wirksamsten Schutz gegenüber dem Kapital erblickte er in den Genossenschaften, und forderte für diese die landwirtschaftliche verarbeitende Industrie, denn „ein gut ausgebautes Genossenschaftssystem ist das Bollwerk gegenüber dem bezwingenden Großkapital“. ⁹⁸ Péter Veres hielt auch jene Pläne, beziehungsweise Vorstellungen für unbegründet, die den Wiederaufbau durch Inanspruchnahme ausländischer Kredite bewerkstelligen wollten. Er betonte: „Auf das Ausland können wir uns kaum verlassen. Jedenfalls ist es besser, wenn wir nur auf unsere eigenen Kräfte bauen.“ ⁹⁹ Im Zusammenhang mit Obigem ergänzte Imre Kovács die Ausführungen Péter Veres's im wesentlichen in zwei Punkten. Einerseits drängte er auf eine sofortige und gleichzeitige Durchführung der Verstaatlichungen, anderseits unterbreitete er einen Vorschlag in bezug auf das Aufhalten der Inflation, dessen Wesen die parallele Einführung eines zweiten Pengő-Wertes (Arbeitspengő — S. B.) neben dem der Entwertung entgegentsteuernden Pengő war. ¹⁰⁰

Ferenc Szeder nahm es mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Regierung die „Sozialisierung“ der Schlüsselindustrien und der Gruben nun endlich entschieden auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die Inflation hielt er hinsichtlich des gesamten Wirtschaftslebens, aber besonders hinsichtlich der Gestaltung der Lage der arbeitenden Massen für ausserordentlich gefährlich. Der Sozialdemokrat László Faragó befasste sich wesentlich mehr mit den Fragen der Verstaatlichungen und der Inflation als Ferenc Szeder. Im Zusammenhang mit den ersteren machte er darauf aufmerksam, daß es sich bei der Verstaatlichung der Gruben nicht um die Enteignung des Terragiums handelt, sondern um die Inbesitznahme des Aktienpakets seitens des Staates. Und der Zweck dessen ist, daß das Kapital zukünftig die Industrie und dadurch das gesamte Wirtschaftsleben nicht lähmen könne, wenn es sich hierzu entschliessen sollte, das heißt, daß die energieerzeugenden Betriebe in Zukunft nicht das politische Spielzeug der „kapitalistischen Reaktion“ sein können. Faragó wies auch

darauf hin, daß die Verstaatlichung der Gruben und Elektrizitätswerke — gemäß Beurteilung der Sozialdemokratischen Partei — nicht willkürlich herausgegriffene Fälle sind, sondern Teile eines planmässigen und durchdachten Programms darstellen. Die Ausarbeitung dieses Programms schrieb jedoch Faragó Illés Mónus zu, der noch „seinerzeit“ die Nationalisierung der Monopole veranschlagt hat. Außer den Verstaatlichungen nahm Faragó für eine staatliche Beaufsichtigung der Schlüsselindustrien und eine „sozialpolitische“ Beaufsichtigung der Leichtindustrie Stellung. Bezüglich der letzteren würdigte er die Betriebsausschüsse, als „eines der bedeutendsten Instrumente“ der Volksdemokratie und stellte fest, daß so lange die Arbeiterparteien einen Anteil an der Macht haben, die Institution der Betriebsausschüsse nicht angetastet werden darf. Die Betriebsausschüsse „können weiterentwickelt, aber nicht zurückentwickelt werden“. ¹⁰¹ In bezug auf die Notwendigkeit des Aufhaltens der Inflation erklärte er sich mit der Sicherstellung außerordentlicher Einnahmen einverstanden, eine Vermögensabgabe wies er aber in der gegebenen Situation zurück. „Eine Vermögensabgabe heute, zur Zeit der Inflation — betonte Faragó —, wäre gleichbedeutend damit, daß wir diese Möglichkeit abtaten, dadurch, daß — wenn dies erfolgen würde — wir mit der Mobilisierung der immobilien Vermögen jene Vermögen zu billigen Preisen in die Hände des Schieberkapitalismus geraten lassen würden, deren Erhaltung dort wo sie sich befinden, von größerem Interesse wäre. Demgegenüber brauchen wir sehr nötig eine Vermögensabgabe ... am Vorabend der Stabilisierung.“ ¹⁰² Faragó hielt auch das Mittel der Geldabstempelung erst am Vorabend der Stabilisierung für zweckmäßig. Gleichzeitig bezeichnete er jene für unüberlegt, die hinsichtlich der Liquidierung der Inflation ausländische Kredite erhofften. Die Kommunistische Partei stimmte in vielen Beziehungen mit den Bemerkungen und Anträgen der sozialdemokratischen Abgeordneten überein. Aber in einigen Punkten, namentlich in bezug auf die eine Liquidierung der Inflation bezweckenden Vorkehrungen, war sie anderer Meinung: sie betrachtete für eine der wirksamsten Maßnahmen zwecks Aufhalten der Inflation die Realisierung einer einmaligen, progressiven Vermögenssteuer, natürlich so, daß „ein gewisses Vermögensminimum befreit werde“. ¹⁰³ László Rajk unterstrich in seinen Ausführungen auch das kräftiger als die sozialdemokratischen Abgeordneten, daß „jetzt die Reihe in erster Linie an der Opferbereitschaft der wohlhabenden, der reichen Schichten ist“. ¹⁰⁴ Ebenfalls er steckte zugleich mit der Verstaatlichung der Gruben das Erreichen einer Steigerung der Kohlenproduktion, ja innerhalb weniger Monate das von zwei Drittel der Friedensproduktion zum Ziel. Und eine besondere Bedeutung maß er — hinsichtlich der Lösung der Wirtschaftsprobleme — dem Zustandekommen des Obersten Wirtschaftsrates zu. Den Antrag auf Einbringung der Gesetzesvorlage über die Verstaatlichung der Gruben in der nächsten Session der Nationalversammlung reichte József Révai ein. Damit wollte er gewissermassen zum Ausdruck bringen, daß die Aufgabe der Nationalversammlung nicht allein die Debatte, sondern in erster Linie das Handeln, die Gesetzgebung ist. ¹⁰⁵

Die Diskussionsbeiträge der Abgeordneten beantwortete Zoltán Tildy. Auch diesmal folgte er nicht nur der politischen Linie seiner Programmrede, sondern auch deren Vortragsmethode. Einen entschiedenen Standpunkt nahm er nur in solchen Fragen ein — so z.B. in Angelegenheit der Verstaatlichung der Gruben — in bezug derer eine vorherige Koalitionsvereinbarung zustande kam. Dementsprechend stimmte er auch dem kommunistischen Antrag auf die Kommunalisierung der Mühlen nicht zu, da die Regierung das Eigentumsrecht der Mühlen „nicht berühren wolle“, gleichzeitig war er aber auch nicht geneigt in bezug auf die Errichtung einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung eine Regierungserklärung abzugeben.

* * *

Die Parlamentsdebatte über das Regierungsprogramm schloß im Endergebnis ohne Resultat. Die Nationalversammlung votierte ja der Regierung und ihrem Programm einstimmig Vertrauen. Die von allen Seiten betonte Einheit und Zusammenarbeit der Koalition sicherten also bei der Abstimmung die Einhelligkeit, in der Beurteilung der Regierungsprogramms bestand aber eine solche tatsächlich nicht. Ausgangspunkt der Streitfragen war im wesentlichen die Auslegung, beziehungsweise die Bewertung des Charakters der durch die Regierung verkörperten Macht. Béla Varga charakterisierte die Lage in Ungarn nach den Nationalratswahlen so, daß „die ungarische Gleichheit, die ungarische Demokratie zustandegekommen ist, und diese Demokratie, wir alle, werden dazu Kraft genug haben, um das, was wir gemeinsam erkämpften in Wirklichkeit auch verteidigen zu können.“¹⁰⁶ Béla Varga nahm jedoch diese Demokratie nicht nur der Vergangenheit gegenüber, sondern auch „der Zukunft“ gegenüber in Schutz. Ferenc Szeder erblickte in der Nationalversammlung die unmittelbare, bruchlose Fortsetzung der Provisorischen Nationalversammlung, im Regierungsprogramm aber die Erfüllung der Wünsche der Sozialdemokratischen Partei. Die obigen Worte Ferenc Szeders schlossen zwar die Frage, ob er die Verwirklichung des Regierungsprogramms hinsichtlich der Volksdemokratie tatsächlich als „Schlusspunkt“ betrachtet, nicht ab, doch geben seine Worte auch keinen Anlaß dazu, das Gegenteil zu behaupten. Ein solcher Standpunkt aber bedeutet — zumindest im Vergleich zu den am XXXIV. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei angenommenen Beschlüsse — gewissermaßen ein Zugeständnis in Richtung der Kleinlandwirtenpartei. Und es kann kaum angenommen werden, daß die Meinung Szeders vollkommen der Standpunkt der Partei war, immerhin ist sie verklungen, und zwar aus dem Munde keiner geringeren Persönlichkeit, als eines Leiters der Sozialdemokratischen Partei. Ähnliche Erklärungen gaben die Leiter der Nationalen Bauernpartei nicht ab, noch weniger natürlich die kommunistischen Abgeordneten. Wohl sprachen letztere nicht über ihre Auffassung von der Zukunft, zugleich war es aber aus ihren konkreten Stellungnahmen klar ersichtlich, daß für die Kommunistische Partei die Regierung Tildy und ihr Programm hinsichtlich der volksdemokratischen

Entwicklung nicht den ganzen „Weg“ selbst, sondern nur einen Abschnitt dessen bedeutete. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien im Zusammenhang mit den einzelnen Fragen entsprangen im wesentlichen aus der Unterschiedlichkeit dieser beiden Auffassungen. Es war völlig klar, daß die Kleinlandwirtenpartei die Lage der Polizei, des Heers, der Verwaltung usw., also im Endergebnis die Machtfrage ganz anders beurteilt wie die Kommunistische Partei. Ebenso näherten sich die beiden Parteien ziemlich klar von verschiedenen Klassenebenen aus den Fragen des Abschlusses der Bodenreform, der Sicherung der Ernährung, der Liquidierung der Inflation, sowie der Verstaatlichungen, selbst wenn ihre Meinung bloß in der Einbringung von zwei Gesetzesvorlagen gegenteiligen Vorzeichens — Kommunalisierung der Mühlen, landwirtschaftliche Interessenvertretung — zum Ausdruck kam. Die Sozialdemokratische Partei beharrte in den meisten Fragen auf der grundsätzlichen Grundlage der Arbeitereinheit, aber in einigen Fällen — Polizei, Abschluß der Bodenreform usw. — näherte sie sich entschieden der Kleinlandwirtenpartei, beziehungsweise gab sie wiederholt Ausdruck den zwischen den beiden Arbeiterparteien bestehenden Meinungsverschiedenheiten. Die Nationale Bauernpartei bekannte anscheinend in zwei Fragen — landwirtschaftliche Interessenvertretung, Ablieferung — der Unabhängigen Kleinlandwirtenpartei ähnliche Ansichten, in Wirklichkeit aber trennten diese beiden Parteien, selbst in diesen Fragen, tiefe, prinzipielle Gegensätze voneinander. Im übrigen bewies das ganze Verhalten der Nationalen Bauernpartei im Parlament, daß sie sich auch weiterhin konsequent zur gemeinsamen Arbeit mit der Ungarischen Kommunistischen Partei bekennt. Kennzeichnend ist, daß auch den kommunistischen Gesetzesantrag über die Kommunalisierung der Mühlen allein die Nationale Bauernpartei unterstützte, und sich zugleich mit der Kommunistischen Partei in keiner einzigen Frage in einen Disput einließ. Die Reden und Äußerungen im Parlament ließen aber das Verhältnis der Parteien zueinander eher nur fühlen, mitunter ahnen, doch brachten es ebenso nicht klar zum Ausdruck, wie die unterschiedliche Beurteilung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Eigentümlicherweise waren die offiziellen Äußerungen der Kleinlandwirtenpartei um vieles koalitionsfähiger als die sog. Zwischenreden, die seitens der einzelnen Abgeordneten der Kleinlandwirtenpartei gefallenen Bemerkungen. Letztere erinnerten schon um vieles mehr an die Gegensätze zwischen den Parteien zur Zeit des Wahlkampfes. Das gleiche war im Falle der Sozialdemokratischen Partei genau umgekehrt, indem die nichtoffiziellen Bemerkungen der sozialdemokratischen Abgeordneten die gleiche Meinung der beiden Arbeiterparteien in vielen Fragen besser zum Ausdruck brachten, als die offiziellen Reden.

ANMERKUNGEN

¹ Archiv des Parteihistorischen Instituts — S. im folgenden: PI Arch. 253/1—4.

² PI Arch. 274/2—33.

³ Z. Nagy, F.: *Ahogy én láttam* (Wie ich es sah). Gondolat Kiadó, Budapest, 1965. S. 201.

- ⁴ Dobi, I.: Vallomás és történelem (Bekenntnis und Geschichte). Kossuth Könyvkiadó. Budapest, 1962. Band II. S. 442.
 - ⁵ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ⁶ PI Arch. 274/2 – 33.
 - ⁷ PI Arch. 274/3 – 15.
 - ⁸ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ⁹ PI Arch. 284. f. XIII. cs.
 - ¹⁰ Ungarisches Staatsarchiv, Schriften des Ministerpräsidiums – im folgenden: OL M. 265 – 1.
 - ¹¹ PI Arch. 274/2 – 33.
 - ¹² PI Arch. 253/1 – 4.
 - ¹³ PI Arch. 274/3 – 14.
 - ¹⁴ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ¹⁵ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ¹⁶ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ¹⁷ PI Arch. 274/3 – 16.
 - ¹⁸ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ¹⁹ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ²⁰ Ferenc Nagy erklärte später das nachgiebige Verhalten der führenden Kleinlandwirte damit, daß die Unabhängige Kleinlandwirtenpartei „im Interesse der Koalition“ vom Innenministerium Abstand genommen hat. (OL M. 265 – 1.)
 - ²¹ PI Arch. 253/1 – 4.
 - ²² PI Arch. 253/1 – 4.
 - ²³ K. J. Woroschilow hat im Laufe seiner Besprechungen mit den Parteiführern den Anspruch der Ungarischen Kommunistischen Partei auf das Innenministerium vermutlich unterstützt. Zumindest läßt die Information Árpád Szakasits's über seine mit dem Vorsitzenden der Alliierten Kontrollkommission geführten Gespräche das „ahnen“. Obiges können wir jedoch auf Grund unserer derzeitigen Quellenkenntnisse weder widerlegen, noch bekräftigen.
 - ²⁴ A szocializmus útján. A felszabadulást követő negyedszázad kronológiája (Am Wege zum Sozialismus. Chronologie des der Befreiung folgenden Vierteljahrhunderts). (Im folgenden: Kronológia.) Akadémiai Kiadó. Budapest. 1970. S. 379.
 - ²⁵ Szabad Nép, 23. November 1945.
 - ²⁶ Neben den Blättern der Koalitionsparteien charakterisierte auch das Blatt der Bürgerlichen Demokratischen Partei „Világ“ der abwartende Standpunkt. Zugleich konnte dieses Abwarten keineswegs als feindselig bezeichnet werden. (Világ, 18. und 20. November 1945.)
 - ²⁷ Z. Nagy, F.: a.a.O. S. 200.
 - ²⁸ PI Arch. 274/16 – 88.
 - ²⁹ Szabad Szó, 25. November 1945.
 - ³⁰ PI Arch. 274/17 – 40.
 - ³¹ Das Blatt „Kis Újság“ hob aus dem Bericht des Moskauer Rundfunks folgendes hervor: „Nun können wir schon feststellen, daß Ungarn den Weg zur Demokratie gefunden hat“. Aus der Washingtoner Sendung aber zitierte es, daß „die Regierung eine Regierung aus dem Volk – für das Volk ist“. (Kis Újság, 18. November 1945.)
 - ³² Kronológia gen. Werk. S. 405.
 - ³³ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. 1945. Volume IV. Europe. United States Government Printing Office. Washington (im folgenden: FR. 1945. IV.) 1968. S. 875.
 - ³⁴ FR. 1945. IV. S. 876.
 - ³⁵ FR. 1945. IV. S. 884.
 - ³⁶ FR. 1945. IV. S. 886.
 - ³⁷ FR. 1945. IV. S. 906.
 - ³⁸ Kis Újság, 17. November 1945.
 - ³⁹ Kis Újság, 28. November 1945.
 - ⁴⁰ Kis Újság, 17. November 1945.
- Szabad Nép, 27. November 1945. Die Bedeutung und Realität der Erklärung Groza's wurde freilich dadurch wesentlich vermindert, daß der rumänische Ministerpräsident

den Plan einer rumänisch-ungarischen Zollunion einfach als Teil einer Zollunion zwischen Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Polen betrachtete, „durch die an Stelle der für sich wirtschaftliche lebensunfähigen Länder ein kräftiger Wirtschaftsblock zustande käme, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reicht“. Außerdem spielte bei der Veröffentlichung des Zollunionplans Groza's auch das eine Rolle, daß er damit den angenommenen Plan der Angelsachsen aufwiegen wollte, der eine Unterstützung des Anspruchs Ungarns auf einen Teil von Siebenbürgen in Aussicht stellte. (PI Arch. 285/2-25.)

⁴² Kronológia gen. Werk, S. 393.

⁴³ Beschlüsse der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei. S. 176.

⁴⁴ PI Arch. 253/1-4.

⁴⁵ PI Arch. 253/1-4.

⁴⁶ Die Angelegenheit des Wiedergutmachungsmoratoriums und der Auslandskredite beschäftigte die führenden Sozialdemokraten schon seit langem. Der Industrieminister Antal Bán teilte in seiner am 2. November 1945 der Parteileitung vorgelegten „streng vertraulichen“ Aufzeichnung seinen Entschluß mit, sich an K. J. Woroschilow, dem Vorsitzenden der Alliierten Kontrollkommission zu wenden und für die Wiedergutmachungszahlungen ein Moratorium bis zum 20. Januar 1948 zu bitten. Bán wollte gleichzeitig von der Sowjetunion einen langfristigen Kredit in der Höhe von „mindestens“ 100 Millionen Goldrubel „für“ die Beschaffung der allernötigsten Rohstoffe und Waren“ verlangen. Árpád Szakasits hat die Aufzeichnung Bán's am 14. November gelesen und mit dem Vermerk „Gesehen, einverstanden“ versehen. (PI Arch. 253/1-24.)

⁴⁷ Népszava, 16. November 1945.

⁴⁸ PI Arch. 284. f. XIII. cs.

⁴⁹ Szabad Szó, 7. November 1945.

⁵⁰ Szabad Szó, 22. November 1945.

⁵¹ Szabad Szó, 8, 22. November 1945.

⁵² Szabad Szó, 21. November 1945.

⁵³ Kis Újság, 7. November 1945.

⁵⁴ Kis Újság, 8. November 1945.

⁵⁵ Kis Újság, 9. November 1945.

⁵⁶ Kis Újság, 10. November 1945.

⁵⁷ Kis Újság, 11. November 1945.

⁵⁸ Kis Újság, 20. November 1945.

⁵⁹ OL M. 265-1.

⁶⁰ Kis Újság, 11. November 1945. Obiger Artikel gewann dadurch an Bedeutung, daß die Kleinlandwirtenpartei ihre, auch bisher nicht völlig unbekannte, Unzufriedenheit mit der Durchführung der Bodenreform der breiten Öffentlichkeit offenbarte und dadurch den auf die Rücknahme des Bodens abgezielten Bestrebungen – wohl oder übel – gleichsam ein Programm gab.

⁶¹ Kis Újság, 27. November 1945.

⁶² Kis Újság, 25. November 1945.

⁶³ Kis Újság, 27. November 1945.

⁶⁴ Kis Újság, 29. November 1945.

⁶⁵ Z. Nagy, F.: gen. Werk, S. 200.

⁶⁶ Die Nationalversammlung hielt ihre erste Sitzung am 29. November ab. In dieser Sitzung wurden – auf die durch das Wahlgesetz vorbehaltenen 12 Sitze – jene führenden Persönlichkeiten des öffentlichen und geistigen Lebens gewählt, über deren Empfehlung auf Grund der interparteilichen Besprechungen der der Front der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit angehörende Parteien entschieden wurde. Die in dieser Weise gewählten Nationalversammlungsabgeordneten waren die folgenden: György Bölöni, Béla Dálnoki Miklós, Sándor Juhász Nagy, Mihály Károlyi, Zoltán Kodály, Gyula Moór, Pál Pátzay, Albert Szent-Györgyi, István Szőnyi, Áron Tamási, Ruzssem Vámbéry und Béla Zsedényi. Hierauf wurden die Amtsträger und die Mitglieder der Ausschüsse der Nationalversammlung gewählt. Zum Präsidenten der Nationalversammlung wurde – einstimmig – Ferenc Nagy, zu Vizepräsidenten Anna Kéthly und István Kossa gewählt. Die Nationalversammlung wählte ebenfalls einstimmig

mig zum Geschäftsführer des Hauses István Vásáry und zu Schriftführern József Futó, Károly Gyurkovits, János Hegyesi, Károly Kiss, Géza Malasits, Anna Ratkó, István Szántó Vezekényi und Vince Vörös. Auf Grund einer gemeinsamen Vereinbarung beschlossen die Parteien noch vor Fertigstellung der Geschäftsordnung des Parlaments eine Mandatskommission, einen Immunitätsausschuß, einen Politischen Ausschuß, sowie einen öffentlich-rechtlichen und verfassungsrechtlichen Ausschuß zu wählen. [Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung). Atheneum. Budapest, 1946. Bd. I. S. 1–10.]

- ⁶⁷ A.a.O. S. 25.
- ⁶⁸ A.a.O. S. 27.
- ⁶⁹ A.a.O. S. 45.
- ⁷⁰ A.a.O. S. 45.
- ⁷¹ A.a.O. S. 32.
- ⁷² A.a.O. S. 31.
- ⁷³ A.a.O. S. 39.
- ⁷⁴ A.a.O. S. 61.
- ⁷⁵ A.a.O. S. 80.
- ⁷⁶ A.a.O. S. 118.
- ⁷⁷ A.a.O. S. 80.
- ⁷⁸ A.a.O. S. 149.
- ⁷⁹ A.a.O. S. 67.
- ⁸⁰ A.a.O. S. 66.
- ⁸¹ A.a.O. S. 129.
- ⁸² A.a.O. S. 115.
- ⁸³ A.a.O. S. 176.
- ⁸⁴ A.a.O. S. 58.
- ⁸⁵ A.a.O. S. 111.
- ⁸⁶ A.a.O. S. 109.
- ⁸⁷ A.a.O. S. 68.
- ⁸⁸ A.a.O. S. 67.
- ⁸⁹ A.a.O. S. 67.
- ⁹⁰ A.a.O. S. 68.
- ⁹¹ A.a.O. S. 88.
- ⁹² A.a.O. S. 90.
- ⁹³ A.a.O. S. 91.
- ⁹⁴ A.a.O. S. 154.
- ⁹⁵ A.a.O. S. 156.
- ⁹⁶ A.a.O. S. 76.
- ⁹⁷ A.a.O. S. 77.
- ⁹⁸ A.a.O. S. 99.
- ⁹⁹ A.a.O. S. 98.
- ¹⁰⁰ A.a.O. S. 162–163.
- ¹⁰¹ A.a.O. S. 140.
- ¹⁰² Die Kommunistische Partei hat im übrigen keine Mobilisierung, sondern eine Beschlagnahme beantragt.
- ¹⁰³ A.a.O. S. 73.
- ¹⁰⁴ A.a.O. S. 72.
- ¹⁰⁵ „Die Nationalversammlung weist die Regierung an, der nächsten Session eine Gesetzesvorlage über die Verstaatlichung der Kohlengruben einzubringen, und auch bis dahin eine Verordnung über die unverzügliche Übernahme der Kohlengruben in staatliche Verwaltung zu erlassen“ [Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung) gen. Werk. Bd. I. S. 131–132.].
- ¹⁰⁶ A.a.O. S. 60.